

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
 MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
 Verantwortlich für die Redaktion: U. Lanters, Berlin NW 40,
 Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Santa 8462 u. 4934.

Verlag: U. Lanters, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
 Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
 Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt
 Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Ostern

Eine lange Zeit der wirtschaftlichen Not und Verelendung liegt für die schaffende Menschheit hinter ihr. Nicht die Tücken der Natur, wie in früheren Wintermonaten, brachten Handel und Wandel und das Wirtschaftsleben zum Stocken, sondern menschliche Kräfte waren es, durch die ein Millionenheer arbeitssamer Menschen zur Untätigkeit verurteilt wurde. Es soll nicht sein, daß die grundgütige Mutter Natur allen Menschen hienieden Wohlstand und freudiges Dasein spenden kann. Die Jagd nach Reichtümern kennt keine Sentimentalitäten, sie sprengt über Menschenleiber dahin und trampelt sie in die tiefsten wirtschaftlichen Niederungen. Die Gierde nach Mammon befreit alle Hemmungen, und soziale Handlungen werden zu unbekanntem Begriffen.

In der Winterszeit hindurch wurden von der Kaste der Besitzenden die denkbar größten Anstrengungen gemacht, um denen, die wenig haben, noch das Wenige zu nehmen. Ein Raubzug auf die Taschen des wertvollen Volkes ist seit langer Zeit in Vorbereitung. Wenn er bis jetzt noch nicht gelungen ist, so wegen der Wachsamkeit der organisierten Arbeiterschaft. Würde bei allen Menschen die Gleichgültigkeit wie bei der indifferenten Masse vorhanden sein, so wäre es der Kapitalistenklasse spielend leicht geworden, ihr Heu in die Scheuer zu bringen. Im Mittelpunkt dieses großen Ringens steht das Problem der Kriesslasten, die dem deutschen Volk durch die getroffenen Vereinbarungen aufgebürdet wurden. Die Kriegsherrn und Kriegsgewinnler denken nicht daran, ihr Teil zu diesen Lasten beizutragen. Ihnen kommt es darauf an, die Lasten auf die breiten Volksmassen abzuwälzen. Würden diese Pläne zur Durchführung kommen, so wäre eine Versklavung der Arbeiterschaft auf Jahrzehnte hinaus vollzogen. Und lange Jahre würden die schärfsten Kämpfe mit dem Unternehmertum geführt werden müssen zur Hebung des Lebensstandards.

In erster Linie richteten sich die Vorstöße der Reaktion gegen die Sozialgesetzgebung. Die Errungenschaften auf sozialpolitischem Gebiete sind dem Unternehmertum vom Zwergkraut bis zum Großindustriellen schon längst ein Dorn im Auge. Diese Kreise sehen lieber den Arbeiter im Kinnstein verrecken, als daß sie freiwillig zur Behebung der wirtschaftlichen Not aus ihren Reingewinnen Beiträge steuern. Daher die größten Anstrengungen, um aus den Grundmauern des sozialen Gebäudes Quadersteine herauszubringen.

Je mehr aber der wertvollen Volkschicht an indirekten Steuern und Zöllen aufgebürdet werden kann, je mehr die Sozialgesetzgebung beschnitten wird, um so aussichtsreicher ist der Kampf für den Steuerabbau der besitzenden Klasse. Nach dieser Berechnung ergibt sich ohne weiteres, daß der Arbeiterschaft das dicke Ende der Kriegslasten aufgebuckelt wird.

Ein feiner Plan, der aber sehr durchsichtig ist. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich die Wintermonate hindurch redlich bemüht, die Pläne der Reaktion zu vereiteln. Sehr ist es auch gelungen, alle Anschläge auf die Sozialgesetzgebung mit Erfolg abzuwehren. Sie hat auch die Wintermonate hindurch den Arbeitslosen

ihre Unterstützung gesichert. Ob aber auch in der kommenden Zeit die Abwehrstellung erfolgreich behauptet werden kann, das ist noch nicht vorauszu sehen. Die Angriffe der besitzenden Klasse werden schärfer, sie vollziehen sich konzentrischer und mutvoller, weil sie über Millionen Trabanten aus der wertvollen Be-

wirtschaftlichen Gegnern die Position stärken? Sehen diese Menschen nicht ein, daß im heutigen Zeitalter nur durch die Organisation Erfolge für den einzelnen erreicht werden können? Begreifen sie trotz aller auf sie hereingebrochenen Schicksalschläge noch nicht, daß der einzelne im reißenden Strome des Wirtschaftslebens als Brack hin- und hergetrieben wird, daß er den Launen der Gewalten ausgesetzt ist und nicht die Kraft hat, Boden unter den Füßen zu gewinnen?

Seit Jahrzehnten ermahnen die Gewerkschaften ihre Berufsangehörigen: Seid eintig! In dem Auf- und Abwogen der gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfe konnten auch die Indifferenten feststellen, daß alle von den Gewerkschaften durchgeführten Aktionen auch in ihrem Interesse waren. Auch sie nahmen Anteil an den Errungenschaften, die in zähen, opferreichen Kämpfen erzielt wurden. Warum dann die Gleichgültigkeit, durch die sie die Reaktion stärken und sich selbst schädigen?

Der Winter mit seiner tiefdrückenden Auswirkung auf das Wirtschaftsleben liegt hinter uns und der Frühling zieht durch die Lande! Das größte Wunder, die Natur, erwacht! Nehmt euch daran ein Beispiel über die gewaltigen organischen Triebkräfte. Alles ist bis ins Detail geordnet, das kleinste Lebewesen nimmt seinen Platz ein und jedes dient der Allgemeinheit und arbeitet mit an der großen Auferstehung der Natur, dem größten Wunderwerk. Eine Freude, wie alles werkt und schafft! Es sproßt, grünt und blüht in diesem herrlichen Garten und jubiliert aus Baum und Strauch der wärmenden, lebenspendenden Sonne entgegen. Sieh, wie die Lerche steigt, um der Sonne ihr Dankgebet darzubringen! Jedes Lebewesen erfüllt seine Arbeit, um beizutragen zur Vollendung des großen Wunderwerkes Natur. Hier herrscht Einigkeit und ihre Erfolge wirken sich aus in den Abwehrkämpfen gegen die Feinde.

Der Mensch hat aber in seinem vieltausendjährigen Bestehen in keiner Zeitspanne die Nutzenanwendung aus den Vorgängen der Natur gezogen. Immer wieder sehen wir Unterdrückte und Unterdrücker, Herren und Knechte. Menschen, die hungern und darben und anderen ein schönes Leben verschaffen. Dieser Zustand kann unmöglich für alle Zeiten so bleiben. Wohin wir dadurch kommen, zeigen uns die gegenwärtigen Zustände. Der verbissenste Gegner unserer Organisation muß sich darüber klar sein, daß nicht mehr durch Argumente, sondern durch die Machterhältnisse die Entscheidung herbeigeführt werden kann. Die Macht liegt aber immer noch nicht bei der wertvollen Bevölkerung, obwohl sie an Zahl der besitzenden Klasse weit überlegen ist. Sie ist im geschlossenen Handeln zu finden. Davon ist noch keine Rede, weil Millionen von Arbeitern ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung noch abseits stehen.

Der starke Glaube an die Erreichung unserer Ziele ist in Millionen von Menschen tief verankert. Er wirft uns weiter über alle Hindernisse hinwegbringen, und uns Kraft verleihen zur siegreichen Durchführung unserer noch kommenden Kämpfe. Neuer Mut wird uns beleben in unserem Ringen nach vorwärts und aufwärts, wir werden mit uns reißen alle Mutlosen und Zaghaften zu dem herrlichen Menschheitsfest ihrer Auferstehung!

Der Frühling ruft!

Die Lerche schmettert Freudenlieder
 Hoch im besonnenen Himmelsblau,
 Denn Frühling — Frühling ist es wieder
 In Berg und Tal, in Wald und Au.
 Beim hellen Klang der Oserglocken
 Flammt Osterfeuerschein ins Land.
 Wer mag noch hinterm Ofen hocken,
 Wenn Wunder über Wunder locken,
 Gestreut aus schöpferischer Hand?

Zu neuem Wirken auferstanden
 Ist die Natur nach langem Weh
 Und unter grünenden Girlanden
 Spritzt ihre blumige Allee.
 Heraus — heraus aus dumpfer Enge!
 Der Frühling lockt! Der Frühling ruft!
 Schalmeien jubelnder Gesänge,
 Kaskaden silberheller Klänge
 Erfüllen zaubersam die Luft.

Erfreue dich, o Herz, am Schönen,
 Das draußen strahlend aufersteht!
 Die Auferstehungsglocken dröhnen!
 Der Odem neuen Lebens weht!
 Die dunklen Schranken reiße nieder,
 Die deinem Geist noch Hemmnis sind!
 Die Lerche schmettert Freudenlieder,
 Denn Frühling — Frühling ist es wieder!
 Wach auf! Steh auf! Das Werk beginnt!

Victor Kallinowski

völkerung verfügt, die durch ihre Passivität ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessenvertretung gegenüber ihren Feinden noch Handlangerdienste leisten. Ein Schauspiel, das zu höchster Empörung aufreizen muß. Denen das Fell über die Ohren gezogen werden soll, leisten ihren Schlächtern noch Helferdienste.

Sind sich diese großen indifferenten Massen jetzt noch nicht darüber klar, daß die Angriffe der besitzenden Klasse auch gegen sie gerichtet sind? In erster Linie werden solche Menschen die Leidtragenden von der Auswirkung der reaktionären Pläne sein, die keinen wirtschaftlichen Rückhalt haben und keiner Organisation angehören, die ihre Interessen wahr. Wo soll das hinführen, wenn trotz aller Ermahnungen Millionen wirtschaftlich verelendete Menschen in sträflicher Gleichgültigkeit dahinleben und durch ihre Passivität ihren

Roggenbrot als Problem der Volksgesundheit

Von Dr. Meyer-Brodnik

Kantinenwesen und Roggenbrot.

Die modernen Betriebsverhältnisse bringen es mit sich, daß der Arbeiter 10 bis 12 Stunden von seiner Wohnung abwesend ist. Zu der Arbeitszeit von 8 bis 9 Stunden kommen noch die Anfahrtswege hinzu, die häufig mehr als 2 Stunden betragen. Dies ist nicht nur in den Großstädten der Fall (bei Siemens, Charlottenburg, hat eine Umfrage ergeben, daß die durchschnittliche An- und Abfahrtszeit zusammen 2 Stunden und 10 Minuten beträgt), sondern auch bei auf dem Lande befindlichen Großbetrieben (Leuna), zu denen die Arbeiter häufig stundenweite Wege zurücklegen müssen. Die lange Abwesenheit von Hause führt dazu, daß immer mehr Betriebe sich mit Kantinen ausstatten und auch die Arbeiterschaft in zunehmendem Umfange von diesem Gebrauch macht. Die übrigens keineswegs billige „Stullenernährung“ erweist sich für den ganzen Tag als nicht ausreichend. Wegen ihrer schweren und langsamen Verdaulichkeit belastet sie den Darm, der Organismus hat nach der Pause noch mit der groben Verdauungsarbeit zu tun, was von der Arbeiterschaft als körperliches Unlustgefühl empfunden wird und auch gesundheitlich unzutraglich ist. Daher zieht die Arbeiterschaft die Kantinenpeinigung, wenn sie billig und mahlsmehdend ist, den mitgebrachten Broten vor. Hinzu kommt, daß es für den Arbeiterhaushalt keineswegs wünschenswert ist, wenn die Kinder mit der Hauptmahlzeit bis zur abendlichen Rückkehr des Vaters warten müssen. Die Förderung, welche die Gewerkschaften dem Kantinenwesen angedeihen lassen, würde einer Roggenbrotpropaganda für die gesundheitlich ungünstige und lästige Stullenernährung widersprechen.

Zusammenfassend ergibt sich, daß das Roggenbrot eine schwer bekömmliche und eiweißarme Nahrung ist, die den Ernährungsbedürfnissen des modernen Industrie- und Landarbeiters keineswegs gerecht wird. In Ernährungsfragen handeln die Menschen instinktmäßig und traditionsgebunden und weichen von übernommenen Gebräuchen nur dann ab, wenn eine zwingende Notwendigkeit empfunden wird. Dieser Fall liegt zurzeit in Deutschland vor, wenn die breiten Massen, was sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat, von der Broternährung im allgemeinen und dem Roggenbrot im besonderen abgehen. Dieser natürlichen, durch die Wandlungen der industriellen Struktur Deutschlands bedingten Veränderung wird eine noch so wohlmeinende Propaganda machtlos gegenüberstehen. Man kann der Landwirtschaft nicht durch die Propaganda einer Ernährung helfen, die den Bedürfnissen der breiten Massen widerspricht.

Soja-Roggenbrot.

Die Lösung des drängenden Roggenproblems liegt auf anderen Gebieten. Die Ernährungswissenschaft ist in der glücklichen Lage, einen praktischen Vorschlag machen zu können, der sehr weitgehend allen Wünschen gerecht wird, nämlich den Roggenverbrauch zu steigern, trotzdem ein eiweißreiches Brot herzustellen und dadurch die Weizeneinfuhr zurückzudrängen.

Will man den modernen Menschen veranlassen, mehr Roggenbrot zu essen, so muß man es eiweißreicher gestalten. Dies ist durch Zusatz von Soja-

Eiweißmehl, das über 50 Proz. Eiweiß enthält und somit erheblich eiweißreicher ist als das Weizenmehl (11,6 Proz. eiweißhaltig), zum Roggenmehl möglich. Die Backfähigkeit des Brotes wird durch den Eiweißmehlzusatz verbessert. Der Wohlgeschmack, der bisher noch zu wünschen übrig ließ, hat sich auf Grund neuerer Versuche wesentlich verbessert. Durch den billigen Preis des Soja-Mehles bedeutet sein Zusatz zum Inlandroggenmehl keinesfalls eine Verteuerung. Das durch Soja verbesserte Roggenbrot soll nach Berichten einer Hamburger Großmühle selbst dem Weizenbrot an Bekömmlichkeit nicht nachstehen, an Eiweißgehalt übertrifft es das Weizenbrot.

Man kann mit Recht einwenden, daß, wenn auch das den Ernährungsbedürfnissen genügende Soja-Roggenbrot den Roggenkonsum im Inlande steigern und auf die Verringerung der Weizeneinfuhr hinwirken würde, andererseits jedoch das Sojamehl eingeführt werden muß, so daß volkswirtschaftlich von einem Vorteil nicht gesprochen werden könne. Hierzu ist zu sagen, daß die Sojabohne wegen ihres hohen Eiweiß- und Fettgehaltes billiger ist als Weizen. Denn bei der Sojamehlherstellung wird durch das anfallende wertvolle Sojaöl, das besonders zur Margarineherstellung benutzt wird, die geringe Preisdifferenz zwischen Sojabohne und Weizen mehr als ausge-

Jungkollege, schütze dich!

Am 19. April ist der 17. Wochenbeitrag fällig.

glichen. Schließlich wäre noch zu erwägen, wieweit die Sojabohne, die in Ostasien seit Jahrtausenden angebaut wird und dort vorzugsweise den menschlichen Eiweißbedarf deckt, auch in unseren Breiten und auf unseren mageren Böden gedeihen kann. In Desterreich soll die Züchtung von Sojapflanzen gelungen sein, die sich mit der Anzahl der dortigen Sonnentage begnügen. Es ist eine für die Züchtungsforschung zweifellos lösbare Aufgabe, auch für deutsche Verhältnisse passende Stauden zu züchten und durch deren Anbau die in Deutschland mit Roggen bebauten Bodenflächen zu verkleinern.

Aber auch, wenn man dieser hoffnungsvollen Zukunftsmusik keine praktische Bedeutung beimißt, stellt die Einfuhr der hochwertigen und billigen Sojabohne eine Verbesserung unserer Ernährungsbilanz dar.

Im übrigen kann auf die volkswirtschaftlichen Einzelheiten der Soja-Weizenbilanz verzichtet werden. Hier kam es darauf an, vom Standpunkte der Ernährungsphysiologie und der Volksgesundheit nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß unter keinen Umständen die Lösung der Roggenabnahmkrisis durch eine Verschlechterung der Ernährung der Bevölkerung möglich ist. Dieser volksgesundheitlich höchst bedenkliche Zustand ist gegeben, wenn durch zollpolitische und andere auf den Preis und die Beschaffenheit des Brotes einwirkende Maßnahmen die breiten Massen gezwungen werden, ihren Brotbedarf hauptsächlich aus hochprozentig ausgemahlenem Roggenbrot zu decken! (Gewerkschafts-Zeitung.)

Die Schokoladenindustrie Deutschlands

L

Im Verbrauch von Kakaos nimmt Deutschland die zweite Stelle unter den Ländern der Welt ein. Es wird nur noch von den Vereinigten Staaten von Amerika überflügelt, in denen der Schokoladenkonsum seit der Trodenlegung außerordentlich stark gestiegen ist. Die Beweiszahlen sind: Deutschland 1928 = 75 000 Tonnen, das macht auf den Kopf der Bevölkerung 1,21 Kilogramm (1927 = 70 000 Tonnen); Vereinigte Staaten von Amerika 1927 = 188 000 Tonnen.

Ob man aus diesen Tatsachen folgern darf, daß die Frauen, die doch die Hauptschokoladenverbraucher sind, in Deutschland und Amerika besonders — süß sind? Vor allem müßten sie denn im Laufe der Jahrzehnte sehr viel süßer geworden sein, als sie es früher waren. Denn um die Mitte des 19. Jahrhunderts betrug der Kakaoverbrauch in Deutschland erst 700 Tonnen, stieg dann mit dem Uebergang ins 20. Jahrhundert auf 15 000 Tonnen, erreichte 1913 die Menge von 52 000 Tonnen, um gar 1924 die Höchstziffer von 87 000 Tonnen zu ersteigen.

Doch im Ernst: Die Schokoladenindustrie ist ein durchaus beachtlicher Zweig am Baume der deutschen Volkswirtschaft. In ihr finden — die Hilfsindustrien nicht mitgerechnet — heute rund 40 000 Arbeitnehmer Beschäftigung (1921 waren es noch 50 000!). Bei der Gewerbezahlung von 1925 wurden rund 900 Produ-

tionsstätten gezählt, von denen allerdings nur 250 ihren Produktionsprozeß von der rohen Kakaobohne bis zum fertigen Genußmittel ausdehnen, während die übrigen sich mit der Weiterverarbeitung der ihnen gelieferten Halbfabrikate begnügen. Von den Firmen, die vom Rohprodukt ausgehen, werden 50 in der Organisationsform der Aktiengesellschaft betrieben.

Die Kakaobohne ist für Deutschland selbstverständlich reines Importgut. Nebenbei: Der Kakaobaum, ein entfernter Verwandter unserer Malven, ist im tropischen Zentral- und Südamerika beheimatet. Er ist inzwischen nach Afrika verpflanzt worden und hat an der englischen Goldküste seine Haupterzeugungsstätte gefunden. Das kommt auch in der Außenhandelsstatistik zum Ausdruck, die zeigt, daß wir das Hauptkontingent der Kakaobohne aus Britisch-Westafrika beziehen (1928 = 55 000 Tonnen), aber auch Brasilien (6000 Tonnen), Ecuador (4000 Tonnen) und Venezuela (2000 Tonnen) spielen als Einfuhrländer eine Rolle.

II

Die deutsche Schokoladenindustrie teilt sich in drei Gruppen auf.

a) Die erste Gruppe wird gebildet von den Unternehmungen, die markenlose Konsumsorten fabrizieren. Sie steht heute in ganz besonders großen Schwierig-

keiten, einmal, weil die Konkurrenz sehr groß ist und die Ware zu Schleuderpreisen verkauft wird und dann, weil sie den ganzen Druck der 1928/29 herrschenden Kakaopreisbaixe zu spüren bekommen hat. Der Doppelzentner Kakaobohnen, der 1927 im Durchschnitt mit 144 Mk. verkauft wurde, konnte 1928 nur einen Preis von 122 Mk. und im Oktober 1929 von 95 Mk. erzielen. Je nach dem Warenlager, das die einzelnen Fabriken unterhielten, wirkte sich dieser Preissturz für Kakaobohnen mehr oder minder katastrophal aus.

b) Ebenfalls unter der Kakaopreisbaixe litt die zweite Gruppe, die der „lokalen Marken“. Aber diese Gruppe hat auch noch mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen, nämlich sowohl mit der starken Konkurrenz der markenlosen Schokoladenfabriken als auch mit der wachsenden Eigenproduktion der Warenhäuser und Konsumvereine. Allerdings liegen hier die Verhältnisse je nach dem Gebiet verschieden. Es machen sich auch bei der Gruppe der „lokalen Marken“ Kartellbestrebungen bemerkbar, die aber bisher nicht zum Erfolg geführt haben und wohl auch kaum zu Erfolg führen werden.

c) Die dritte Gruppe setzt sich aus den sogenannten Markenfabriken zusammen, die größtenteils einer Markenkonvention angeschlossen sind. Mit wenigen Ausnahmen vermochten diese Firmen die durch Kakaopreisbaixe und Ueberproduktion bedingten Schwierigkeiten gut zu überwinden. Der Absatzanteil der Markenfabriken soll (leider gibt es für die Schokoladenindustrie keine Produktionsstatistik; man ist hier auf allgemeine Angaben angewiesen) beträchtlich gestiegen sein. Vor allem aber haben die Markenfabriken trotz des Rückganges der Kakaopreise ihre Detailpreise nicht ermäßigt und so aus der Baixe großen Nutzen gezogen.

III

Einen gewissen Ueberblick über die Lage der Markenfabriken in der deutschen Schokoladenindustrie bietet die Uebersicht, die die „Frankfurter Zeitung“ im Oktober vergangenen Jahres veröffentlicht hat. Für 14 Firmen sind dort Kapital, Rohgewinne, Abschreibungen, Dividenden und Kapitalverzinsung nach den Bilanzfiguren aufgeführt.

Die erfaßten Firmen sind: Stollwerck, Sarotti, Hartwig u. Vogel, Kant, David Söhne, Gebrüder Hörmann, Goldina, Böhme, Riquet u. Co., Paehold und Aulhorn, Frankonia, Schule-Hohenlohe, Landshuter Keks- und Schokoladenfabrik, Diamant. Die zusammengefaßten Bilanzzahlen lauten in Millionen Mk.:

	1928	1927	1926	1914
Kapital	57,1	55,1	55,1	41,2
Reingewinn	36,5	34,8	35,5	23,8
Abschreibungen	4,4	4,4	4,6	3,2
Dividenden	3,9	4,2	4,4	3,1
Kapitalverzinsung	6,8	7,6	8,1	7,5

(in Proz.)

Bei aller Vorsicht, die man solchen summarischen Bilanzzusammenfassungen entgegenbringen muß, zeigt sich doch deutlich an dieser Uebersicht die durchaus gesunde und gute wirtschaftliche Lage der großen Markenfabriken. Die Kapitalverzinsung ist heute ungefähr die gleiche wie in der Vorkriegszeit. Interessant ist das Anwachsen der Kapitalwerte. Ein abschließendes Urteil lassen selbstverständlich diese Ziffern nicht zu. Da wäre eine sorgfältige Einzelbilanzuntersuchung notwendig.

IV

In der deutschen Schokoladenindustrie haben seit 1928 auch ausländische Großkonzerne Fuß gefaßt. Der Schweizer Nestlé-Konzern und der tschechische Schicht-Konzern haben in jüngster Zeit bedeutende deutsche Schokoladenfabriken aufgekauft.

Der Schweizer Nestlé-Konzern verfolgt schon seit geraumer Zeit die Politik, durch Errichtung von Zweigfabriken im Auslande die hohen Zollmauern zu überspringen. Er hat das, wie seine Bilanzen zeigen, mit gutem Erfolg getan, während der nächstgrößte Schweizer Schokoladenkonzern, die A.-G. Tobler, in der Schweiz blieb, durch riesige Reklameausgaben (1928/29 = 2,15 Mill. Fr.) vorwärtszukommen versuchte, dabei Schiffbruch erlitt und saniert werden mußte. Nestlé, dessen Hauptinteressengebiet in Deutschland, Frankreich, Australien und Neuseeland liegt, hatte sich in Deutschland in der Deutschen A.-G. für Nestlé-Erzeugnisse in Lindau am Bodensee einen Stützpunkt geschaffen. 1928 erwarb Nestlé zunächst die Otto u. Quanz Schokoladenwerke A.-G. in Hattersheim bei Frankfurt am Main. Bald darauf kaufte er von dem Schweden Kanold die Aktienmehrheit der Sarotti A.-G. Die Sarotti A.-G. war nach dem Brande von 1922 von Kanold erworben worden; damals schied Max Hoffmann, der Sohn des Firmengründers, aus. Der Nestlé-Konzern brachte die Aktien sowohl der Hattersheimer Schokoladenwerke als auch der Sarotti A.-G. in die Deutsche A.-G. für Nestlé-Erzeugnisse als Holdinggesellschaft ein. Der Umsatz betrug bei Sarotti 1928 etwa 35 Mill. Mk., bei Hattersheim 8 bis 10 Mill. Mk. Alle Fabrikate, die unter der Marke Sarotti, Peter, Callier und Kopier verkauft werden, sind Produkte des Nestlé-Konzerns. Als zweiter ausländischer Konzern ist der Schlag-Konzern, der seinen Sitz in Aulzig (Böhmen) hat, in die deutsche Schokoladenindustrie eingedrungen. Er erwarb die Aktienmajorität der Reichardt-Werke in

Hamburg-Wandsb. und der Schokoladenfabrik Gaeble U.-G. in Hamburg. Außerdem gelang es ihm, die Schokoladenfabrik Johann Gottlieb Hauswaldt in Hamburg und die Goldina U.-G. in Bremen-Seebaldbrück an sich zu bringen. Die Aktienmajorität des Schicht-Konzerns gehört nun wiederum dem Weltmargarinetruft Jürgens-van der Bergh. Das sind sehr interessante Zusammenhänge. Und man wird nicht fehlgehen, die Anteilnahme des Margarinetrufts Jürgens-van der Bergh an der Schokoladenindustrie auf neue technische Versuche zurückzuführen, die darauf hinauslaufen, bestimmte Pflanzenfette, die auch bei der Margarineproduktion eine Rolle spielen, für die Schokoladenfabrikation neu zu verwenden.

Handgreiflicher Schwindel der Fleischer-Hirsche

In Nr. 7 des Organs der Fleischer-Hirsche wird, damit es sich verlohnt, mit greifbarem Schwindel gegen uns operiert. Die Redaktion dachte sich dabei sicher, daß in unserer Einheitsorganisation die frühere von den Hirschen gegen den Zentralverband der Fleischer geschleuderte Verleumdung, daß er von den Unternehmern ebenfalls Geldbeträge für die Organisation erhalten habe, nicht mehr nachgeprüft werden kann. Als die Hirsche 1921 zum erstenmal mit dieser Verleumdung gegen den Zentralverband haufieren gingen, wurde ihnen in Nr. 3 „Der Fleischer“ vom 29. Januar 1921 gehörig auf die Finger geklopft. Damals stellte „Der Fleischer“ fest, daß die Schöneberger Innung 600 Mk. als Weihnachtsspende für kriegsbeschädigte Fleischergesellen der Berliner Ortsverwaltung zur Verteilung überwiesen hatte. Ein anderer Fall betrifft die Schlachtgenossenschaft Berliner Großschlächter. Unsere Ortsverwaltung Berlin erreichte für die Schlachthofgesellen 1919 eine Wirtschaftsbeihilfe von 60 000 Mk., die an die Gesellen der Genossenschaft ohne Rücksicht auf Organisationszugehörigkeit verteilt wurden. Mit der Verteilung dieser Summe wurde unsere Organisation beauftragt.

Wir verstehen wohl den Schmerz, der heute noch bei den Hirschen nachwirkt, daß ihnen seinerzeit nicht die Geldbeträge überwiesen wurden. Die Hirsche hätten sicher die Beträge für die Organisation verwenden können. Weil aber unsere Berliner Ortsverwaltung die Verteilung dieser Beträge übernahm, nicht nur für die organisierten Kollegen, sondern für alle bei der Schlachtgenossenschaft Beschäftigten, so versucht heute dennoch der Zeilenschmierer im gelben Blättchen daraus abzuleiten, daß wir von den Unternehmerorganisationen mit Geldmitteln unterstützt werden.

Bezeichnend ist für die Einstellung der Hirsche, daß in der gleichen Nummer dieser Zeitung aus verschiedenen Orten berichtet wird, in welcher liebevoller, tatkräftiger Weise sich die Innungsoberrmeister der meistertreuen Hirsche annehmen.

In Göttingen sprach der Obermeister dem Referenten Busch aus Leipzig seine Anerkennung über das Referat aus. Er versprach auch seinerseits am Aufbau des Gesellenstandes mitzuarbeiten.

In Mannheim wird von einer festlichen Veranstaltung berichtet, wozu die Hirsche in dem von uns veröffentlichten Brief um Almosen bei den Meistern bitteten. Dort übermittelte der Obermeister die Grüße der Innung.

In Berlin nahm an der Feier des 10jährigen Bestehens der Verkäuferinnenabteilung der Hirsche der Frauenverein des Groß-Berliner Fleischergewerbes unter Führung der Meistern Steffin und eine große Anzahl Fleischermmeister teil. Wer will dann noch ablegen, daß zwischen den Unternehmern und Hirschen eine tiefe Freundschaft besteht. Diese Tatsache führt zu dem von uns wiederholt gebrandmarkten Verhalten der Hirsche bei allen Tarif- und Lohnbewegungen, wobei stets die Hirsche den Unternehmern Liebesdienste leisten.

Die Zeitung der Hirsche regt sich weiter darüber auf, daß im „Vorwärts“ in einem Artikel über die Verhältnisse im Fleischergewerbe berichtet wird, in Berlin lernen jährlich 900 Fleischlerlehrlinge aus. Wir stehen diesem Artikel vollständig fern und hatten keine Veranlassung, die hier wiedergegebenen Zahlen richtigzustellen.

Und endlich, weil es in einem Aufwaschen dahingeht, versuchen die Hirsche unseren Mitgliederstand anzuzweifeln, weil verschiedene Zahlen in Flugblättern veröffentlicht wurden. Wenn sich die Hirsche unseren Jahresbericht näher ansehen würden, dann könnten sie selbst feststellen, daß auf Grund der umgesetzten Beiträge einschließlich der Erwerbslosenmarken ein tatsächlicher Mitgliederstand von 185 000 vorhanden ist.

Wenn jedoch nur die Wertbeiträge in Berechnung gestellt werden, dann muß sich selbstverständlich diese Zahl senken, weil die tausende Arbeitsloser, die Freimarken kleben, nicht inbegriffen sind. Da es aber den Hirschen bequemer ist, diese verschiedenen Angaben über den Mitgliederstand anzuzweifeln, so machten sie sich keine Mühe, aus unseren Veröffentlichungen Berechnungen anzustellen.

Bei den Hirschen gilt immer noch die bequeme Art: „Verleumde ruhig weiter, es bleibt doch etwas hängen!“

Wahlen der Delegierten zum Verbandstag

Die Wahlkreiseinteilung zum Verbandstag und das Wahlreglement wurden in Nr. 11/30, die von den Wahlvororten bestimmten Obleute in Nr. 15/30 der „Einigkeit“ veröffentlicht. Die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag finden statt in der Zeit vom

13. bis einschließlich 20. Juli.

Die Wahl darf sich im Bereich ein und derselben Ortsgruppe nur auf 2 Tage innerhalb dieser 8 Tage erstrecken. Die Wahlzeit muß zwischen 10 Uhr vorm. und 7 Uhr abends gelegt werden.

Mit den Wahlvorbereitungen kann begonnen werden. Die Ortsgruppen müssen zuerst zur Kandidatenfrage Stellung nehmen. Die Wahlen werden erleichtert, wenn sich die zum gleichen Wahlkreis gehörenden Ortsgruppen auf den oder die Kandidaten einigen. Werden nicht mehr Kandidaten aufgestellt, als Delegierte zu wählen sind, so müssen Ersatzleute als solche aufgestellt werden; in solchen Fällen braucht nicht gewählt zu werden.

Die Ortsgruppen müssen den zuständigen Wahl-obleuten Vor- und Zuname, sowie Beruf der Kandidaten

aller spätestens bis zum 30. Mai

mitteilen. Dabei muß angegeben werden, für welches frühere Verbandsgebiet (Lebensmittel- u. Getränkearbeiter oder Denag usw.) die Wahlvorschläge sind. Unzugeben ist gleichzeitig, wieviel Stimmzettel die Ortsgruppe benötigt. Dabei wird ein gewisser Prozentsatz Stimmzettel mehr verlangt werden müssen, als Wähler in Frage kommen. Wahlvorschläge, die dem Wahlobmann bis zum 30. Mai nicht zugeleitet wurden, dürfen auf den Stimmzetteln nicht Aufnahme finden.

Der Wahlobmann hat an Hand der bei ihm eingegangenen Kandidatenvorschläge den Stimmzettel aufzustellen und ihn entsprechend den aufgegebenen Bestellungen in genügender Anzahl drucken zu lassen. Die Stimmzettel des gleichen Wahlkreises müssen in Form, Format und Farbe einheitlich sein und in der Aufmachung beispielsweise so aussehen:

III. Wahlgebiet
(früherer Verband der Fleischer etc.)

5. Wahlkreis — Wahlvorort: Oldenburg

Kandidaten:

- 1) Meyer, Ludwig, Oldenburg, Fleischer
- 2) Schulze, Heinrich, Lauenburg a. d. Elbe, Fleischer
- 3) Unruh, Helene, Emden, Fleischwarenarbeiterin

Da nur ein Delegierter zu wählen ist, sind zwei Namen durchzuzureichen

Stimmzettel, die von diesem Schema abweichen, sind unzulässig. Die Wahlleute haben dafür zu sorgen, daß die bestellten Stimmzettel

aller spätestens am 15. Juni

in Händen der zum Wahlkreis gehörenden Ortsgruppenvorstände sind. Die Stimmzettel sind an die Ortsgruppenvorsitzenden zu senden.

Die Stimmzettel sind mit dem Ortsgruppenstempel zu versehen.

Der Vereinfachung der Wahlarbeit halber werden für die Stimmzettel folgende Farben vorgeschrieben:

- I. Wahlgebiet des früheren Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter . . . Weiß
- II. Wahlgebiet des früheren Denag . . . Rot
- III. Wahlgebiet des früheren Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen . . . Gelb
- IV. Wahlgebiet des früheren Verbandes der Böttcher, Weinküfer und deren Hilfsarbeiter . . . Grün

Soweit sich Ortsgruppengebiete auf mehrere Orte erstrecken, haben die Ortsgruppenvorstände dafür zu sorgen, daß die Vertrauensleute der sogenannten Zahlstellen

bis spätestens den 30. Juni

im Besitz der für sie erforderlichen Anzahl von mit dem Ortsgruppenstempel versehenen Stimmzetteln sind. Wahlprotokolle und Stimmlisten liefern allen Ortsgruppen der Verbandsvorstand je in den gleichen Farben, wie die Stimmzettel vorgeschrieben wurden. Die Stimmlisten werden auf etwa 40 Namen eingerichtet sein.

Die Ortsgruppenvorstände wollen unter Berücksichtigung, daß über das Wahlergebnis in jedem Wahllokal ein Wahlprotokoll auszufertigen ist, und daß jeder Wähler in die Stimmliste eingetragen werden muß, ihre Bestellungen auf Stimmlisten und Wahlprotokollformulare

bis spätestens 10. Juni

beim Verbandsvorstand aufgeben.

Bevor an die hier aufgezeichneten Vorbereitungen zur Wahl gegangen wird, wollen Wahlleute und Ortsgruppenvorstände sich das in Nr. 11/30 der „Einigkeit“ veröffentlichte Wahlreglement noch einmal genau ansehen und sich den Sinn desselben einprägen, damit Fehler und Unterlassungen auf jeden Fall vermieden werden.

Die Tagesordnung zum Verbandstag und der Zeitpunkt, bis wann Anträge der Ortsgruppen zum Verbandstag entgegengenommen werden können, wird voraussichtlich in Nr. 18/30 der „Einigkeit“ veröffentlicht.

Der Verbandsvorstand.

Schutz den Brauereiarbeitern

Die Forderung unserer Organisation, in den dem Reichstag vorliegenden Entwurf zur Abänderung des Biersteuergesetzes eine Bestimmung aufzunehmen, durch die die Brauereiarbeiter vor den Folgen einer Biersteuererhöhung geschützt werden, hat sich zu einem entsprechenden Antrag verdichtet, den die Sozialdemokratische Partei im Reichstag eingebracht hat. Er lautet:

Im Falle der Annahme des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Biersteuergesetzes ist als Artikel VI a folgende neue Vorschrift aufzunehmen.

„Die bei Inkrafttreten des Gesetzes im Brauereigewerbe beschäftigten Angestellten und Arbeiter, die nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb der Zeit vom 1. Mai bis zum 1. Oktober 1930 arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden, ohne daß ihnen angemessene Arbeit zugewiesen wird, erhalten unbeschadet der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für jeden durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitstag, längstens für die Dauer von 26 Wochen, Unterstützung in der Höhe, daß die Gesamtunterstützung 75 vom Hundert des entgangenen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes aus den letzten sechs Monaten ihrer Arbeitnehmertätigkeit nicht übersteigt.“

Zu diesem Zwecke werden die erforderlichen Mittel in den Reichshaushalt eingestellt.

Die näheren Bestimmungen, insbesondere über Umfang und Bedingungen der Unterstützungen, erläßt die Reichsregierung.“

Die Arbeiterschaft in den Brauereien fordert, daß dieser Antrag in das Gesetz aufgenommen wird. Eine Ablehnung des Antrages ist nur möglich, wenn die im Zentrum vertretenen christlichen Gewerkschaftsführer dagegen stimmen.

Das Schankstättengesetz im Reichstag angenommen

Das schon jahrelang in Vorbereitung befindliche Schankstättengesetz, das im Laufe der Beratung auf den Namen Gaststättengesetz umgetauft wurde, ist am 8. März im Reichstag nach der 3. Lesung gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen worden. Die in der Öffentlichkeit aufsehenerregenden Bestimmungen, die bei der Beratung im Volkswirtschaftlichen Ausschuß in den Gesetzentwurf aufgenommen wurden, sind nicht alle im Gesetz enthalten. Teilweise sind sie durch die späteren Verhandlungen im Ausschuß selbst wieder entfernt worden, teils sind sie im Reichstagsplenum zugunsten der Regierungsvorlage gefallen. Dies trifft insbesondere zu auf die Beschränkung der Gastwirtschaften in einem Verhältnis zu der Zahl der Einwohner — die sogenannte Relationsziffer — und die Bestimmung über das Alkoholkonsumverbot in öffentlichen Verkehrsanstalten.

Mit knapper Mehrheit wurde der Antrag auf Befreiung der in dem Gesetz enthaltenen Arbeiterschutzbestimmungen abgelehnt. Der § 15, der das Ausschankverbot an zwei Tagen in der Woche enthält, wurde unter Ablehnung von Zusatzanträgen in der folgenden Fassung angenommen:

„Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde kann den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel mit Trinkbranntwein für bestimmte Morgenstunden sowie an höchstens zwei Tagen in der Woche, insbesondere an Lohn- oder Gehaltszahlungstagen, Wahltagen für den Reichstag, den Landtag oder die Gemeindevertretung, ganz oder teilweise verbieten oder beschränken. Weitergehende landesrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt.“

Angenommen wurde auch der § 31a, in dem es heißt, daß Forderungen aus dem Ausschank von Branntwein nicht mehr eingeklagt werden können.

Mit dieser Bestimmung soll das Unwesen, Branntwein auf Borg abzugeben, gesteuert werden.

Die Postzeitung wird durch das Gesetz generell auf 1 Uhr nachts festgelegt. Die noch zu erlassenden Ausführungsbestimmungen werden wahrscheinlich verschiedene Ausnahmen bringen. Das Gesetz soll mit dem 1. Juli 1930 in Kraft treten.

Sorglose

Auf finanzpolitischem Gebiet wittert die Reaktion Morgenluft. Nachdem beabsichtigt ist, das Defizit im Reichshaushalt nur mit Hilfe der Erhöhung oder Neueinführung von indirekten Steuern zu decken, führt sich ein Arbeitgeber Syndikus H. Schöler berufen, von sich aus Vorschläge zur weiteren Belastung der werktätigen Bevölkerung zu veröffentlichen. Diese Vorschläge finden ausgerechnet in den der Brauindustrie nahestehenden Zeitungen Aufnahme, was um so unverständlicher ist, als gerade diese Seite das größte Interesse daran hat, daß die Arbeiterschaft über ein ausreichendes Einkommen verfügt. Es scheint aber fast so, als ob dieses Interesse nur dann vorliegt, wenn Aussicht vorhanden ist, durch eine Biersteuererhöhung den Bierabsatz zu beeinträchtigen. Mit dieser Veröffentlichung ist jedenfalls der Anschein erweckt, als ob eine anderweitige Besteuerung, die ebenfalls die Lebenshaltung der Arbeiterschaft einschränkt, gebilligt oder sogar befürwortet wird.

Sch. versucht an Hand der Steuerstatistik nachzuweisen, daß in der Einkommensteuer vom Lohn und Gehalt noch eine Steuerreserve steckt. Bekanntlich bleiben bei ledigen Personen jährlich 1200 Mk. steuerfrei. Dieses steuerfreie Existenzminimum ist zu hoch. „Zumal angesichts der heutigen bitteren Finanzlage des Reiches es nicht zu billigen ist, die Sorglosigkeit des In-den-Tag-hineinlebens bei den ledigen und den zumeist jugendlichen Personen durch einen Steuerverzicht gewissermaßen noch zu prämiieren.“ Ungefähr dasselbe hat er gegen die Familienermäßigung einzuwenden. Er hält es allerdings aus bevölkerungspolitischen Gründen (lies: um für den Kapitalismus immer Menschenvorrat sicherzustellen) für angemessen, bei großer Kinderzahl steuerliche Erleichterungen zu gewähren. Für unrichtig hält er es hingegen, daß für das erste Kind nur 120 Mk. und für das fünfte und jedes folgende Kind 960 Mk. steuerfrei bleiben. Er fordert Erhöhung des niedrigsten Satzes bei gleichzeitiger Herabsetzung der oberen Staffeln und begründet seine Forderung damit, daß es unerträglich sei, wenn ein Kind ein höheres Existenzminimum habe als der Vater. Nachtigall ich hör dir lösen. Es ist weniger die Sorge um die Finanznot, die hier zum Ausdruck kommt, es ist vielmehr der Wunsch, den Gehaltsempfängern, die es zu verhindern wissen mehr als ein im Höchstfall aber zwei Kinder in die Welt zu setzen, Steuererleichterungen zu verschaffen, die auf Kosten der kinderreichen Familien gehen sollen. Schöler traut aber selbst dem Braten nicht, darum kommt er zu dem Vorschlag, das steuerfreie Existenzminimum für Ledige um die Hälfte auf 600 Mk. herabzusetzen und dieses für kinderreiche Familien auf 1200 Mk. zu begrenzen. Außerdem will er Ortsklassen einführen für die im steuerfreien Betrag enthaltenen Werbungskosten.

Die Arbeit von Sch. würde aber nicht vollständig sein, wenn darin kein Angriff auf die Sozialverfä-

schung enthalten wäre. Er behauptet, daß etwa 5,2 Milliarden Mark jährlich als soziale Fürsorge vom Staat ausgezahlt würden. Die Reststreife, die dies erhalten, würden aber noch nicht einmal soviel an Steuern aufbringen. Vor sozialer Demagogie und Zahlenjongliererei, mit der diese Behauptung beweiskräftig zu machen versucht wird, müssen wir die Waffen strecken. Ehe wir dies tun, erlauben wir uns aber darauf hinzuweisen, daß die sozialen Schäden, die durch diese Gelder wieder gutgemacht werden sollen, wirklich nicht von den Kreisen verursacht werden, die das Geld erhalten. Auch Schöler dürfte wissen, daß an diesen Schäden der Krieg und nicht zuletzt das kapitalistische Wirtschaftssystem die Schuldigen sind.

Aber wo braucht Objektivität zu walten, wo man mit Demagogie viel leichter und besser sein Ziel erreichen kann?

Die Gelben



Theorie...

Wir wollen die wenigen Worte der Betrachtung der Schöler'schen Arbeit nicht schließen, ohne darauf hingewiesen zu haben, um was es diesem ausgezeichneten Vertreter der finsternen Reaktion im Grunde genommen geht. Seine Forderung, die Lohn- und Gehaltssteuerzahler und diejenigen, die infolge ihres niedrigen Einkommens davon befreit sind, zu verantwortungsbewußten Menschen zu erziehen, ist ja nur

ein Vorwand um den Wunsch, Steuererleichterungen für die besitzende Klasse herbeizuführen, zu verdecken. Dies darf trotz der scheinbar günstigen Gelegenheit, die im Augenblick vorhanden ist, nie eintreten. Im Gegenteil. Der steuerfreie Betrag muß, wie es in England der Fall ist, auf 3000 bzw. auf 5000 Mt. heraufgesetzt werden. Um den dadurch entstehenden Steuerausfall zu decken, muß die Erbschaftsteuer, die in England zehnmal so hoch ist als in Deutschland, heraufgesetzt werden. Die werktätige Bevölkerung hat durch die fortwährende Erhöhung der Verbrauchssteuern bisher genügend Opfer gebracht. Es ist an der Zeit, daß auch Opfer von denen gebracht werden, die wirklich sorglos in den Tag hineinleben.

Zur Lohnbewegung in den Fabrikfabriken

Die Einstellung und das Verhalten einiger Unternehmer aus der Bierfabrikbranche erweckt den Anschein, als ob sie drauf und dran wären, mit uns einen fröhlichen Wirtschaftskampf auszufechten.

Wir müssen schon sagen, wenn man im Unternehmerlager glaubt, uns diesen Kampf aufzwingen zu sollen, so finden sie uns bereit. Lohnabbau bzw. Abbau der Akkordsätze scheint den Unternehmern erste Voraussetzung für die Hebung ihres Absatzes oder der Wirtschaft zu sein. Die Stundenlöhne oder die Verdienstmöglichkeiten bei der Akkordarbeit sind jedoch nicht derart, daß gerade hier eine Reduzierung ganz unbedenklich möglich wäre. Ueber die Existenzmöglichkeit eines Familienvaters macht man sich anscheinend kein Kopfschütteln. Auch die reinen Stundenlöhne sind besonders in der Bierfabrikbranche außerordentlich gering gegenüber anderen Berufen, trotz der schweren physischen Arbeitsleistung.

Und wenn selbst unter Hergabe aller Kräfte und dem raffiniert ausgeklügelten System bei der Akkordarbeit vielleicht 10 Proz. oder auch gar bis 20 und 25 Proz. über den tariflichen Stundenlohn verdient wird, das letztere sind natürlich immerhin nur Ausnahmen, so ist doch jede Mehrleistung doch nur wiederum ein Mehrverdienst des Unternehmers. Man verlange sonst immer die sogenannte Leistungsarbeit. Nachdem man nun alle Kräfte ausgepowert hat, will man die Akkordverdienste schmälern.

Wir dürfen verraten, daß die Unternehmer dabei die Rechnung ohne den Wirt machen werden.

Die Arbeiter in den Fabrikfabriken sind nicht gewillt, allen Mehrverdienst nur aus ihren Knochen herauspressen zu lassen. Uns sind Betriebe bekannt, wo die Herren Direktoren und Betriebsleiter Gehälter einstecken, bei denen es eher angebracht ist, einen Lohnabbau vorzunehmen, als gerade umgekehrt bei den Gruppen, die schon so ohnehin ihre liebe Not haben, unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen für ihre Familien das Notwendigste zu beschaffen.

Wir sind bereit, Wirtschaftskämpfe nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn uns aber solch ein Kampf unwillig aufgezwungen wird, dann werden die Unternehmer eine geschlossene Front ihrer Arbeitnehmer vorfinden. Die Situation ist ernst. Darum achtet auf alle Vorkommnisse und berichtet darüber sofort an den Ortsvorstand, der dann gleichzeitig verpflichtet ist, alle Wahrnehmungen den zuständigen Bezirks- und Gauleitern weiterzumelden.

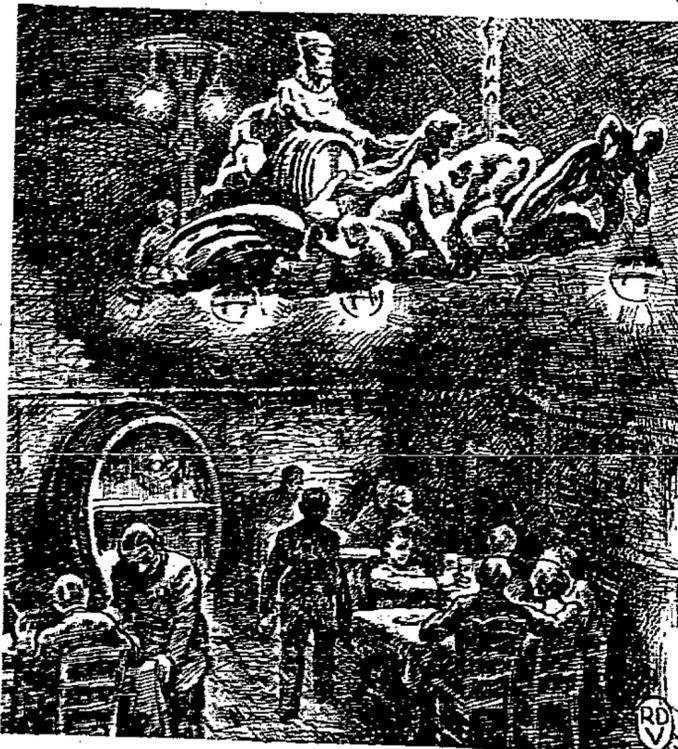
400 Jahre „Auerbachs Keller“ in Leipzig

Von Franz J. Schwarzenstein.

Die Reisenden, die die alte Reichstadt Leipzig besuchen, werden ihre Schritte auch zur Mädlerpassage am Altmarkt wenden. Dort befindet sich der weltbekannte „Auerbachs Keller“, der trotz des Umbaus erhalten blieb.

RDV. Man kennt zwar das genaue Datum des Geburtstages nicht, aber die Leipziger Chronik berichtet, daß „Auerbachs Hof“ im Jahre 1530 von dem Arzt und Medizinprofessor Dr. Heinrich Stromer von Auerbach an der Grimmaischen Straße erbaut wurde. Auerbach, das war der Geburtsort des Herrn Doktor Stromer, der im übrigen ein recht wohlhabender und hochgelehrter Mann gewesen ist und bereits 26jährig Rektor der Leipziger Universität wurde! Mit den Großen seiner Zeit trieb er lebhaften Gedankenaustausch, u. a. mit Birkheimer, Reuchlin, Erasmus von Rotterdam, Spalatin. Luthier wohnte einmal bei ihm, und auch Ulrich von Hutten war er kein Unbekannter. Trotz aller Gelehrsamkeit scheint Dr. Stromer einen recht gefunden kaufmännischen Sinn gehabt zu haben. Er heiratete die Schwester eines seiner Schüler, deren reicher Vater gerade gestorben war, und auf einem mitgeerbten, günstig an der Grimmaischen Straße am Altmarkt gelegenen Grundstück errichtete der Herr Hochscholardirektor dann 1530 den für damalige Zeiten sehr stattlichen „Auerbachs Hof“. Das Haus enthielt achtzig Bänke und einen Weinkeller und wurde ab zum Mittelpunkt des Weßegeriebes. „Rein

Leipzig gilt fürwahr als kleines Meißen, und Auerbachs Hof darf man Klein-Leipzig heißen!“ heißt es in einem zeitgenössischen Epigramm. Schon lange ist an die Stelle dieses Hauses der moderne Weßhausbau der „Mädlerpassage“ getreten, aber der historische Weinkeller aus dem Auerbachschen Hause wurde pietätvoll durch Kommernzienrat Mädler erhalten. Seine unsterbliche Weltberühmtheit hat „Auer-



bachs Keller“ aber erst durch Goethes „Faust“ erlangt. Der junge Student und Dichter wohnte im Durchgangshof der noch heute bestehenden Gastwirtschaft „Zur großen Feuerkugel“ zwischen Universitätsstraße und Neumarkt. Von da war es nicht weit zur Grimmaischen Straße, wo in „Auerbachs Keller“ in dunkler, geheimnisvoller Tiefe ein guter Tropfen Weines im Kreise fröhlicher Zechgenossen lockte. wo die Gewölbe widerhallten von lustigem Gesang, wo aber in stillem Winkel der junge Goethe auch manchmal seine „Faust“-Idee überdacht haben mag. In „Auerbachs Keller“ mußte die alte Puppenspielfigur des Dr. Faust besonders stark das Dichtergemüt bewegen, denn der Ueberlieferung nach hat ja der berühmte Fahrtritt des „vielbesprochenen Schwarzfüßlers“ hier stattgefunden. Dr. Faust kam um 1525 auf seinen Reisen durch die deutschen Lande auch nach Leipzig und zeigte seine Kunst. Einst zog er — so erzählt die Legende — mit einem Schwarm Studenten die Grimmaische Straße entlang. Der Wirt von „Auerbachs Hof“ mühte sich mit seinen Leuten ab, ein schweres Weinsäß die Kellertreppe hinaufzubugieren. Man ergötzte sich an den vergeblichen Mühen, bis schließlich der Wirt etwas erobert demjenigen das Faß zusprach, der es allein aus dem Keller herausbrachte. Und da geschah das Wunder, daß Dr. Faustus einfach sich auf das Faß setzte und damit die Treppentufen zur Grimmaischen Straße hinaufritt! Hinterher gab's natürlich im Keller ein lustiges Gelage mit dem auf so wunderbare Weise gewonnenen Wein...

Stimmen kann die Geschichte zwar nicht ganz, denn die Kellertreppe, die der Dr. Faust hinaufgeritten sein soll, war 1525 noch gar nicht gebaut, als der große Magier in Leipzig weilte! Darauf

Steuerwittwar

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Regierungsparteien haben zu einem für den Außenstehenden fast nicht mehr zu entwirrenden Steuerdurcheinander geführt. In den Verhandlungen des Steueraususses wurde der Biersteuervorschlag der Reichsregierung in Höhe von 75 Proz. mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso erging es der Mineralwassersteuer und einigen anderen. Angesichts dieser für die Regierung nicht gerade ermutigenden Tatsache, wurde vom Kabinett eine neue Steuervorlage ausgearbeitet, in der die Biersteuererhöhung auf 50 Proz. ermäßigt wurde mit der Maßgabe, daß die Brauereien mit weniger als 10 000 Hektoliter von der Biersteuererhöhung nicht getroffen werden. Auch auf diesen Vorschlag kam keine Einigung zustande. Nach langem Hin und Her wurde folgendes Biersteuervereinbarung auch von der inzwischen umgefallenen Bayerischen Volkspartei angenommen: Für die ersten 2000 Hektoliter Jahreserzeugung werden 9,50 Mkt. pro Hektoliter erhoben, für die folgenden 8000 Hektoliter 9,70 Mkt. usw., mit einer Höchststaffel von über 120 000 Hektoliter und einem Steuersatz von 12 Mkt. Für die Brauereien, die innerhalb eines Rechnungsjahres aus selbstgewonnener Gerste nicht mehr als 20 Hektoliter Bier erzeugen, ermäßigt sich der Steuersatz auf 2 Mkt. pro Hektoliter, sofern sie bereits vor dem 1. April 1930 in Betrieb gewesen sind. Für Brauereien, die innerhalb eines Rechnungsjahres nicht mehr als 1000 Hektoliter Bier erzeugen, ermäßigt sich der Steuersatz auf 9 Mkt. Die Vergünstigungen erlöschen mit Ablauf des Rechnungsjahres, in dem in der Brauerei mehr als 20 bzw. 1000 Hektoliter Bier erzeugt werden. Die Durchschnittserhöhung der Biersteuer beträgt demnach etwa 46 Proz. Der Umfall der Bayerischen Volkspartei wurde erkaufte mit der Zustimmung, die Ueberweisung aus dem Biersteueraufkommen in derselben Höhe zu erhalten, die einer Biersteuererhöhung von 75 Proz. entsprechen würde.

Die Mineralwassersteuer ist ebenfalls trotz der Ablehnung im Steueraususs im Reichstagsplenum angenommen worden. Desgleichen die gegen die Konsumvereine gerichtete Warenhaussteuer. Bezeichnend ist, daß das Zentrum, in dem eine ganze Anzahl Arbeitervertreter sitzen, den gegen die Arbeiterschaft sich richtenden Gesetzen zugestimmt hat.

Gegen Unterbindung der Gefrierfleischeinfuhr

Nachdem bekannt wurde, daß sich die derzeitige Regierung ernsthaft mit der Absicht trägt, die Einfuhr von Gefrierfleisch gänzlich zu unterbinden, hat der Bandsvorstand sofort in einer Eingabe an den Reichstag auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefahren eines solchen Gesetzes hingewiesen. In der Eingabe heißt es, daß durch die Aufhebung der Gefrierfleischeinfuhr der großen Masse bedürftiger Konsumenten der Verbrauch hochwertiger Ochsenfleisch genommen wird. Eine weitere erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung würde die unzweifelhafte Folge sein. Infolge der fehlenden Innereien werden einer Verwertung deutscher Schlachthausprodukte Schwierig-

kommt es auch heute gar nicht mehr so sehr an. „Auerbachs Keller“ ist nun einmal eine Sehenswürdigkeit, die man beim Besuch Leipzigs nicht vergessen darf.

Eigentümlich besteht der historische Teil aus zwei Kellern, die hintereinander liegen. Davon ist der vordere der ältere, in dem auch der junge Goethe im Kreise seiner Kommilitonen zechte. Man hat ihn zu einer Goethe-Stätte umgewandelt, die Erinnerungstücker an den Leipziger Aufenthalt des Dichters, u. a. eine Haarlocke von ihm, enthält. Hier hängen auch verschiedene Porträts des Dr. Faustus. Der Raum wird durch mächtige Pfeiler in zwei Teile geteilt. Zwei alte Gemälde erzählen von den Besuchen des großen Schwarzärzters in Auerbachs Keller; das eine zeigt ihn in lustigem Zecherfreude, das andere veranschaulicht seinen wunderlichen Fahrtritt.

Der zweite Keller liegt etwas tiefer als der erste. Er ist ganz der Erinnerung an Faust gewidmet. Die Wandflächen bedecken große Gemälde der wichtigsten Szenen aus Goethes „Faust“. Mit dem von Mephisto und Martha belauchten Gespräch Gretchens und Fausts beginnt die farbenprächtige und mit allerlei Ranken- und Spruchwerk verzierte Gemäldereihe, mit Hegenruwe und Walpurgisnacht schließt sie. An einer Wand des Kellers liegt das große Faß, auf dem Doktor Faust zur Straße hinaufgeritten sein soll, ein ungefüges Monstrum aus dunkelbraunem, glänzendem Holz von ungefähr Manneshöhe. Eine Holzschnitzerei stellt den Fahrtritt dar. Die phantastischen „Faust“-Malereien, die alttümlichen Dekorationen, die düsteren braunschwarzen Gewölbe, all das schafft in „Auerbachs Keller“ noch heute eine geheimnisvoll-fröhliche Stimmung, der man sich gern in Erinnerung an das erhabenste Bühnenwerk der deutschen Literatur hingibt.

keiten in den Weg gelegt. Aber auch die Beschäftigten in den Fleischerieen und Wurstwarenfabriken werden geschädigt. Die Arbeitslosigkeit würde weiter steigen. In Hamburg werden im Gefrierfleischbetrieb 775 Personen beschäftigt, die sofort arbeitslos würden. In anderen Bezirken liegen die Verhältnisse ähnlich. In der Eingabe wird erwartet, daß der Reichstag in Anbetracht dieser ungeheuren Folgen die Regierungsvorlage ablehnt.

Der Glaube an die Gemeinschaft

Der Tag des Ringens und Suchens, den Faust in Goethes Lebenswerk genommen, bedeutet den Entwicklungsgang der Menschheit, bedeutet die Aufgabe,

Die Gelben



und Praxis

die man seinem Leben zu setzen hat. — Wohl kann nicht jeder ein Faustus sein, geistig so hoch und seelisch so tief. Aber das ist ganz gewiß, ein Stück der Faustseele steckt ohne Zweifel in allen, entweder nach der einen oder anderen Richtung hin. — Die Menschheit im großen ganzen genommen, ist ja Faust. Man hat sich einzustellen auf das hohe Ziel faustischen Wachstums und hat somit seine Aufgabe an die Welt mit den nicht geringen Anforderungen zu erfüllen. Niemand ist Selbstzweck, sondern das Ganze und seine Größe ist der Sinn des einzelnen.

Es gibt zuverlässig nicht einen einzigen Menschen auf der Welt, der nicht auch wenigstens einmal mehr oder minder in seinem Leben nach dem eigentlichen Sinn des Lebens, nach dem Sinn seines Selbst gefragt hätte. — Und so viele auch ihre kämpferische Aufgabe erkannten, so viele auch im gemeinschaftlichen Ringen die Erfüllung ihrer Aufgabe erblickten, sie haben in ihrer Lebensstrife einen entscheidenden Schritt nicht zu tun vermocht, vielmehr brachen sie innerlich in sich selbst zusammen, starben seelisch und geistig, verdorren und blieben Zeit ihres Lebens unnütze Glieder am Baume der Menschheit, weil sie ihr Leben nur einstellten auf Selbstzweck. — Auch Faust hatte solche Krisen! Er hatte gesucht und gerungen, unzufrieden mit dem Ergebnis verzweifelte er. — Es war in der Nacht zum Ostertage! — Was war das Leben? Was sollte das Leben? Was war eigentlich des Lebens Sinn? Vegetieren? — Dahinleben in Selbstgefälligkeit und selbstlicher Tagesfreude? — Dafür war Faust zu reif, zu tief, zu innerlich. — Wie aber sich finden in das Sein? — Wo war dann die wahre Linie des lebendigen Seins? — Aber kein leuchtendes Licht schien ihm in der Ferne. Nur im Grübeln hatte er sich verrannt, verzweifelt an allem, was das Leben großartig machte, griff er zum Gifte.

Die Krisis des Lebens war gekommen. Sollte Faust sie bestehen? Sollte er das Gift trinken, was der Kelch ihm an die Lippen hielt — — —? Ja, dann hätten die Zweifler recht bekommen, dann wäre Faust ein Muster den Vegetierenden, den dem Leben innerlich abgestorbenen Augenblidsmenschen. Dies konnte nicht sein, nein, so konnte der Sinn der Menschheit nicht sein, den Faust offenbaren sollte. So ist wahrlich nicht der Sinn der Welt, er ist, oder

soil es wenigstens sein: Aufstieg, Zukunft, Gemeinschaft! — — — Daher sekte Faust den Kelch ab! Und das aus den inwendigen Regungen heraus, die die Osterglocken des graublen Morgens in ihm geweckt.

„Welch tiefes Summen, welch ein heller Ton Zieht mit Gewalt das Glas von meinem Munde?“

Die Osterglocken sind Faustens Rettung, das Fühlen, das Osterglocken erweckten, läßt ihn erstehen zum neuen Menschen. Kurt Trobier.

Mehl- und Brotpreise am 1. April

Die Entwicklung der Preise für Brotgetreide wird heute nicht nur in den Kreisen der Nahrungsmittelberufe mit großem Interesse verfolgt, sondern von der gesamten brotkonsumierenden Bevölkerung, weil gerade das Brot den Gegenstand aller möglichen und unmöglichen gesetzlichen Maßnahmen bildet, wie Zollerhöhung, Vermahlungszwang usw. Trotz der überall reichlichen Vorräte an Getreide war im Berichtsmontat eine gewisse Befestigung der Preise zu beobachten, beim Roggen allerdings nicht so stark wie beim Weizen, bei dem sich in Deutschland der Vermahlungszwang nach dieser Richtung auswirkte. Durch die neuerlichen Vorgänge auf politischem Gebiet, den Regierungswechsel und das Bekanntwerden der hirnverbrannten Pläne des landbündlerischen Ernährungsministers Schiele, ist bereits in den ersten Apriltagen ein sehr erhebliches Anziehen der Getreidepreise — beim Roggen sogar bis zu 20 Mkt. pro Tonne, während Weizen bereits über den vorgesehenen, an sich sehr hohen Richtpreis von 260 Mkt. hinaus notiert wurde — eingetreten. Im Monat März war die durchschnittliche Preisentwicklung folgendermaßen:

März 1930	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba IV) p. t. verzollt ab Hamburg Mkt.	Roggen (Plata) p. t. Mkt.	Weizen ab märt. Stationen (Bln. Notizg. p. t.) Mkt.	Roggen p. t. Mkt.	Weizenmehl per 100 kg Mkt.	Roggenmehl per 100 kg Mkt.
1.-10.	280,—	236,50	232,—	152,—	34,75	24,—
11.-20.	290,50	231,—	238,—	144,—	34,25	23,25
21.-31.	305,—	—	248,—	143,—	35,25	24,25

Nach unserer monatlichen Statistik hat sich der Durchschnittspreis für ein Doppelzentner sogenanntes Bäckerbrotmehl von 28,30 Mkt. am 1. März auf rund 28 Mkt. am 1. April ermäßigt. Auch der durchschnittliche Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot hat in dieser Zeit einen Rückgang von 41,5 Pf. auf 39,9 Pf. erfahren.

Wir verweisen auf die nachstehende Tabelle:

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrötchens g
	1 dz Roggenmehl Mkt.	1 kg Roggenbrot Pf.	1 dz Weizenmehl Mkt.	ein Weizenbrötchen Semmel Pf.	
Königsberg i. Pr.	24,50	36	40,50	2,5	40
Breslau	24,25	32	36,75	5	90
Görlitz	24,25	32	36,25	2,5	45
Ratibor.	32,—	48	33,50	5	64
Berlin	29,50	38,7	32,50	3	32,5
Bremen	27,50	42,5	45,50	2,5	33
Magdeburg	24,50	32	42,—	5	55
Hannover	1)25,50	33,5	41,—	2,5	30
Leipzig	27,—	34	38,—	4	53
Halle a. d. S.	26,—	34,4	40,—	3	40
Chemnitz	27,—	37	43,—	3	35
Dresden	26,75	35	42,60	4	40
Erfurt	26,50	34	39,—	3	40
München	28,—	46	42,—	4	42
Nürnberg	28,—	50	42,—	4	43
Landshut	30,—	48	37,—	3	37
Würzburg	31,—	42	42,—	5	60
Stuttgart	2)33,—	38	43,—	4	35—40
Mannheim	2)29,—	3)40	41,—	4	40
Freiburg i. Br.	1)40,—	48	41,50	4	38—40
Frankfurt a. M.	26,—	42	40,50	4	35—40
Kassel	1)24,—	31	31,—	2,5	35
Düsseldorf	28,50	40	36,50	2,5	30—35
Köln	26,50	48	36,50	3	30—35
Köln	28,—	50	37,—	3	35—36
Krefeld	27,—	43	36,—	3	35
Elberfeld	1)29,50	36	40,—	3	41—50
Essen-Muhr	2)31,—	48	39,—	2,5	32
Dortmund	29,—	45	38,—	2,5	35—40
Bielefeld	27,—	34	43,—	2,5	40
Danzig	22,—	35	36,50	4	45

1) Durchschnittspreis. 2) Brotmehl. 3) Schwarzbrot. 4) Weizenbrotmehl. 5) Mischmehl.

Amtliche Helferdienste

Unsere Herforder Ortsgruppe bekam vom Magistrat der Stadt Herford folgendes Schreiben:

Wie uns mitgeteilt worden ist, sind an die Bäckerlehrlinge beim Eingange in die Berufsschule auf dem Wilhelmplatz Flugblätter verteilt worden, in denen für den Eintritt in Ihren Verband geworben wird. Da von verschiedenen Seiten Anstoß daran genommen worden ist, bitten wir Sie dringend, dafür zu

forgen, daß diese Werbetätigkeit auf dem Schulplatz künftig unterbleibt.

Da man dieses Schreiben zuerst für einen Aprilscherz hielt (Datum des Schreibens ist der 2. April) wartete man eine ganze Woche. Da aber noch keine Mitteilung erfolgte, daß es sich um einen Aprilscherz handelt, muß angenommen werden, daß es Herr Dr. Neumann mit diesem Schreiben ernst ist.

Der Tatbestand ist folgender: Ein Jugendkollege hat an die Bäckerlehrlinge Flugblätter verteilt, in welchen den Lehrlingen gesagt wird, daß ihre Interessenvertretung der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ist. Diese Tatsache kann von keinem Menschen bestritten werden. Anstoß an dieser Tätigkeit der Organisation können nur Bäckermeister nehmen, die gegen die gesetzlichen Schutzbestimmungen verstößen wollen. Sollten etwa derartige „Herren“ Anstoß genommen haben? Dann würde sich die Frage ergeben: hat der Magistrat der Stadt Herford ein Interesse daran, Bäckerlehrlinge vor gewerkschaftlicher Aufklärung zu bewahren? Wenn Herr Dr. Neumann die Belange der Bäckerlehrlinge vertreten will, könnte ihm empfohlen werden, sich einmal darum zu kümmern, ob die Bäckerlehrlinge bei ihren Lehrmeistern menschenwürdig untergebracht sind, ob ihre Beschäftigung und Ausbildung im Rahmen der bestehenden Gesetze erfolgt und ob die Lehrlinge nach Ablauf ihrer Lehrzeit, auch von den Bäckermeistern als Bäckergehilfen weiter beschäftigt werden! Dies wäre eine segensreiche Tätigkeit. Weil sich aber Herr Dr. Neumann um solche Sachen nicht kümmert, muß diese Tätigkeit der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ausüben, was manchen Bäckermeistern Veranlassung geben kann, sich beim Magistrat der Stadt Herford zu beschweren.

Wir empfehlen dem Magistrat der Stadt Herford, einmal die Reichsverfassung zur Hand zu nehmen und den Artikel 159 zu lesen. Sollte er eine solche nicht besitzen, dann wird die zuständige Aufsichtsbehörde gern ein Exemplar ausleihen, sie wird sich dabei gleichzeitig einmal des Näheren nach der Tätigkeit des Herrn Dr. Neumann erkundigen müssen, der über so viel Zeit verfügt, um auch noch die Interessen der Kräuter wahrnehmen zu können.

Kampfmaßnahmen im Hopfenbau

In den letzten Jahren haben die Hopfenpreise einen Tiefstand erreicht, der nur etwa die Hälfte des Vorkriegspreises beträgt. Die Hopfenproduzenten sind über diesen niedrigen Preis naturgemäß nicht gerade besonders erbaut. Sie gehen dazu über, die Preise mit Gewalt in die Höhe zu treiben. Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Mitteleuropäischen Hopfenbau-Büros wurde beschlossen, die Anbauflächen einzuschränken, keine künstlichen Düngemittel mehr zu verwenden, einen Teil der Hopfenanlagen nicht aufzuleiten und die Schädlingsbekämpfung auf das notwendigste Maß zurückzuführen. Obwohl uns der Hopfenbau nur mittelbar interessiert, geben wir die Beschlüsse wieder, um zu zeigen, wie unsinnig das heute herrschende Wirtschaftssystem ist. Während auf der einen Seite die Hauptabnehmer von Hopfen, die Brauereien, im Gelde schwimmen und von den niedrigen Hopfenpreisen ihren Profit ziehen, werden die Hopfenbauern um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen. Eine gute Ernte ist im kapitalistischen Zeitalter keine Wohltat, sondern ein Fluch.

Fischindustrie in Amerika

Nach dem vom amerikanischen Handelsministerium herausgegebenen Bericht über die Fischindustrie beträgt der Ertrag an Fischereiprodukten im Jahre 1929 rund 3 Milliarden Pfund. Trotz der großen Eigenzeugung wurden für etwa 59 Millionen Dollar Fische und Fischereizugnisse nach den USA eingeführt, während für 21 Millionen Dollar ins Ausland ausgeführt werden konnte. Der weitaus wichtigste Gegenstand der Fischerei ist der Lachs, es folgen in großen Abständen Hering, Heilbutt, Sardinen, Makrelen und Aupfern. Mit der Fischkonservierung waren 481 Fabriken beschäftigt, die Büchsenfische im Werte von 96 Millionen Dollar herstellten. Zu dieser Ertragssumme kommen noch 15 Millionen Dollar aus der Verarbeitung von Nebenprodukten. Neben Alaska, das im Fischfang und in der Fischverwertung an erster Stelle steht, verfügen die an der Westküste von Nordamerika gelegenen Staaten über das bedeutendste Fischereiwesen.

Betriebsumstellung in den Reichardt-Werken

Die an den Aufziger Schichtkonzern übergegangenen Reichardt-Werke haben bei dem zuständigen Regierungspräsidenten die Betriebsstilllegung der Pralinenfabrikation und der damit zusammenhängenden Nebenbetriebe angemeldet. Wenn dem Antrag stattgegeben wird, so erfolgt eine Entlassung von etwa

500 Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten. Zur Begründung dieser Forderung führen die Reichardt-Werke an, daß sie beabsichtigen, durch Aufstellung neuerer Maschinen weitere Rationalisierungsmaßnahmen vorzunehmen. Auch könnte zum Teil eine saisonmäßige Absahminderung und die bereits durchgeführte Betriebsmodernisierung in Frage.

Entlassungen sind bereits eingeleitet und sollen noch vor Ostern durchgeführt werden. Wie uns dazu weiter berichtet wird, spielen bei der Betriebsstilllegung der Pralinenabteilung nicht nur die Gründe mit, die in der Öffentlichkeit angegeben wurden. Es ist vielmehr festgestellt worden, daß ein verkehrtes Fabrikationsverfahren durch das eine weitere Rationalisierung durchgeführt werden sollte, in der Praxis nicht anwendbar war, dadurch ist dem Unternehmen ein großer Verlust entstanden. Wir wollen nicht wünschen, daß durch diese Maßnahmen, wie sie seit der Zeit des Anschlusses an den Schichtkonzern fortlaufend vor sich gehen, dieses alte große Unternehmen geschädigt wird. Alle Rationalisierungsmaßnahmen haben letzten Endes eine Grenze. Das sollte auch die Leitung des Reichardt-Werkes einsehen.

Für die Beseitigung des Nachtbackverbots

Vom bayrischen Bäckermeisterverband wurde unterm 25. März dem Bayerischen Landtag wiederum ein Antrag auf Aenderung des Arbeitsschutzgesetzes zum Nachtbackverbot unterbreitet. Nachdem es dieser Organisation der Unternehmer nicht gelungen ist, die bayrische Regierung vor ihre Karre spannen zu können, um im Reichsrat für eine generelle Zulassung des 4-Uhr-Arbeitsbeginns einzutreten, wird nunmehr versucht, Bestimmungen im Arbeitsschutzgesetz zu erreichen, wonach auch die Landesbehörden für Bäder, Kurorte und Fremdenorte, in denen nachweislich für längere Zeit ein starker Zustrom von Kur- und Bade Gästen zu verzeichnen ist, zur Befriedigung der örtlichen Bedürfnisse Ausnahmen von dem Beginn der Arbeitszeit in den Bäckereien zulassen können. Dieser Antrag ist von Herrn Söllner unterzeichnet. Wir kennen diesen Herrn noch sehr gut aus der Zeit, wo er ein starker Gegner des 5-Uhr-Arbeitsbeginns gewesen ist. Wenn er sich heute dazu bereit erklärt, einen Antrag bei der Regierung zu befürworten, nach dem das Nachtbackverbot de facto wieder aufgehoben wird, so müssen wir darüber unser Erstaunen ausdrücken. Ausgerechnet in solchen Orten, die in der kurzen Zeit des Sommers von den besitzenden Klassen vornehmlich besucht werden, sollen die Gehilfen und Lehrlinge verdammt werden, wiederum bei Nacht schuften zu müssen. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß derartig fadenscheinige Gründe zur Wiederzulassung der Nachtarbeit in den Kur- und Badeorten herbeigebracht werden, wie wir sie in der bayrischen Eingabe lesen können.

Ueber 15 Jahre konnten die Bäckermeister auch in diesen Orten wirtschaftlich gut bestehen. Sie sind keineswegs durch das Verbot der Nachtarbeit ärmer geworden, sondern stehen heute finanziell bedeutend besser da, als in den Vorkriegsjahren bei der all-gemein üblichen Nachtarbeit. Nur nackte Profitinteressen spielen mit, um in den Kur- und Badeorten die Nachtarbeit wieder einzuführen. Herr Söllner wirkt dabei mit, das setzt uns sehr in Erstaunen.

Ein „feiner“ Betrieb

Himmelschreiende Zustände herrschen in der Zuckerwarenfabrik von Kruse, Bad Segeberg. Der Inhaber, ein Gewerkschaftshasser erster Klasse, kann es absolut nicht begreifen, daß die Zeit des „Herrn-im-Hause-Standpunktes“ vorbei ist. Mit Händen und Füßen verteidigt dieser kleine Mussolini seinen Herrscherstandpunkt. Koalitionsrecht und Tarifverträge sind für ihn unbekannte Begriffe.

Nachdem die dort Beschäftigten sich zum größten Teil unserer Organisation angeschlossen hatten und von Kruse über den Arbeitgeberverband die Innehaltung des Tarifvertrages verlangt wurde, kannte seine Wut keine Grenzen. Mit dickgeschwollenen Wern und vor Wut übergeschwappter Stimme brüllte er die Arbeiterschaft an:

„Der ganzen Belegschaft ist hiermit gekündigt, ihr Schweinehund! Ich schert euch zum Stempeln, ihr habt es ja nicht besser gewollt. Mit der Gewerkschaft will ich nichts zu tun haben. Ihr aber, die ihr nicht organisiert seid, jagt die Heher raus, damit ihr wieder Ruhe habt.“

Ein paar Tage später machte er dann bekannt, daß diejenigen, die nicht organisiert sind, auch die, die wieder aus dem Verband austreten, im Betrieb bleiben können.

Da nach der Reichsverfassung sich derjenige strafbar macht, der einen anderen an der Ausübung des Koalitionsrechts hindert, wird sich die Staatsanwaltschaft noch mit diesem Unternehmer zu beschäftigen haben. Den Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu: „Setzt erst recht geschlossen im Verbandsverband zusammen, damit die Organisation diesen Unternehmer in die Schranken zurückweisen kann.“

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Ausschlüsse. Auf Antrag der Ortsgruppe Hamburg werden Lucas Ernst, Hilfsarbeiter, geboren am 16. Juni 1884 in Altona, Buchnummer 276 601, Otto Klein, Müller, geboren am 4. September 1889 in Göttingen, Buchnummer 277 756, Alfred Stollenberg, Müller, geboren am 11. Dezember 1900 in Hamburg, Buchnummer 277 681 und Heinrich Menze, Mühlenarbeiter, geboren am 4. November 1897 in Welterholt, Buchnummer 262 752 wegen Verbandschädigung ausgeschlossen. Auf Antrag der Ortsgruppe Berlin wird Martin Scholz, Ladendiener, geboren am 30. Januar 1902 in Bielefeld, Kreis Bielefeld, Buchnummer 79 766, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Lokalbeitrag. Auf Antrag der Ortsgruppe Weisensfeld a. d. Saale wird die Genehmigung erteilt zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 15 Pf. auf die Grundbeiträge von 60 Pf. und höher von der 16. Beitragswoche an.

Auf Antrag der Ortsgruppe Köthen i. Anhalt wird die Genehmigung erteilt zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 15 Pf. auf alle Grundbeiträge von 80 Pf. und höher von der 27. Beitragswoche an.

Üngültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 291 663 für Heinrich Kent, Kutscher, geboren am 5. März 1875, eingetretten am 26. Januar 1919 in Lüneburg. Beim Vorzeigen anhalten und an den Verbandsvorstand einsenden. Der Verbandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 6. April bis 12. April 1930:

(Postkassenkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.)

Ortsgruppen:

- Braunschweig 522,65, Elberfeld 1500, Erlangen 126,32, Göttingen 750, Hildesheim 184,09, Schweinfurt 1046,23, Staßfurt 325,22, Zerbst 30,66, Wittenberg 1000, — und 57,50, Rodlitz 51,25, Landshut 27,50, Achim 30,21, Angermünde 75,61, Fichtenberg 9,86, Karanjaslaw 453,12, Parchim 250,34, Pörschütz 57,86, Raffel 57,50, Quitzburg 30, —, Chemnitz 81,25, Regensburg 57,50, Ansbach 324,42, Burg bei Magdeburg 438,53, Naumburg 201,16, Neuhaldensleben 167,95, Potsdam 300, —, Oranienburg 39,51, Seelitz 324, —, Görlitz 28,25, Halberstadt 25,25, Jülich 28, —, Gredemühlten 30,44, Pößau 1654,85, Dagersheim 94,56, Straßfurt 398,40, Gansia 59, —, Dresden 249,25, Halle 89, —, Breslau 5870,04, Neumünster 861,55, Somburg 478, —, Kiel 156, —, Köln 500, — und 2600, —, Brix 137,25, Sülzburger 49,90, Köln 237,80, München 8335,60, Stuttgart 2973,16, Brandenburg 102,70, Gemmin 126,22, Kallenberg in Oberlichten 100, —, Landsberg an der Warthe 944,75, Norden 232,75, Neubrandenburg 161,12, Reichenbach im Voigtland 436,38, Reichenau 134,59, Saalfeld 495, —, Schwennungen 283,40, Spottau 74,56, Müllstedt 318,25, Rancuth 350,06, Greifswald 255,01, Rororf 129,00, Rosenheim 775,31, Heizen 213,51, Merzen 725,94, Wismar 1268,53, Wittenberg 248,34, Pochum 4500, —, Sarmitz 1800, —, Lauterberg a. S. 1527,47, Sagan 421,51, Müllersdorf 101,63, St. Margarethen 17, —, Gadebusch 210,77, Neuruppin 19,74, Dresden 19 459,80, Wipoda 1058,78, Somburg 1071,15, Elberfeld 524,71, Ebing 779,77, Pörschütz 31,15, Glatz 103,25, Gelpach 26,50, Jever 236,92, Jähepe 279,52, Ribna 487,16, Hermsdorf 145,92, Leer 33,83, Bismarck 149,41, Brien 322,64, Gerswalde 253,82, Delitzsch 204,22, Pörschütz 75,90, Göttingen 18,20, Guben 321,35, Prenzlau 99,92, Pörschütz 220,99, Uim 1590, —, Tangerhütte 77,99, Bielefeld 79,50, Altenburg 266,89, Calbe 178,84, Sebnitz 83,38, Arctow 328,22, Landau 72, —, Bismarck 1164,69, Rastow 135,83, Cansack 19,80, Sorau 346,87, Sorgau 595,21, Ueterjen 243,39, Seitz 830,11, Neuthen 176,20, Crimmitschau 343,97, Admigsberg N.-M. 132,51, Königsee 82,83, Lauterberg a. S. 357,57, Neugersdorf 151,64, Neuhüt a. d. E. 924,75, Gelpach 27,14, Reikswasser 365,81, Rehndorf 129,92, Dresden 4000, —, Effen 7427,78, Oldenburg 1000, —, Beimar 402,50, Hannover 143,50, Mainz 88, —, Stuttgart 118,25, Brunsbüttelkoog 19,58, Gleditzsch 78,75, Seife 6681,80, Kiel 3454,95, Nordhausen 59,15, Altona 8123,25 und 2373,58, Rostock 730,62, Waren 11,92, Wittfeld 140, Altona 592,28, Celle 1500, —, Grabow 85,45, Jümenau 205,15, Labiau 23,94, Spahn 92,93, Werleburg 208,39, Müllrose 76,22, Reichenburg 129,84, Plauen 1019,15, Cismartingen 395,69, Seelitz 48,63, Pörschütz 419,43, Uderbach 255,15, Annaberg 250, —, Giebau 214,2, Dürkheim 54,36, Gerdauen 284,93, Habelland 72,70, Lauterbach 68, —, Kreuzburg i. O. Schl. 83,93, Reichenbach i. Schl. 53,91, Mügenwalde 542,09, Seefeld 571,26, Frankfurt a. M. 181,50, Königsberg i. Pr. 53,50, Christianstadt 89,32, Pörschütz 305,42, Neustettin 146,80, Ribnitz 72,23, Schneidemühl 554,41, Rathenow 848,14, Magdeburg 120, —, Eisenach 109,32, Jena 2663,82, Marienwerder 90,78, Scarbrücken 1807,40, Erfurt 2430,21, Artern 600,00, Dortmund 2000, —, Kollberg 316,78, Köln 3000, —, Freiburg 55,50, Augsburg 1125, —, Freiburg i. Br. 2000, —, Gotha 966,85, Göttingen 2,60, Gumbinnen 138,10, Mühlhausen i. Th. 521,32, Weiningen 670,90, Neuhüt a. d. Orla 38,69, Neuteich 58,34, Orlitzburg 21,95, Reichenhall 390,83, Spremberg 102,34, Göttingen 25,75, Altenstein 310,04, Arnstadt 1028,70, Bitterfeld 707,75, Braze 120,83, Dresden 1325,39, Landshut i. B. 524,75, Radeffeld 196,70, Polzin 70,10, Göttingen 160, — und 22,75, Radebrunn 47,75, Frankfurt a. M. 425,21, Worms 900, —, Bielefeld 452,97, Pörschütz 5373,79, Herford 1813,65, Landshut i. B. 1839,15, Berlin 3,60, Köln a. Rh. 98,90.

Sonstiges:

- Berlin 77,28 und 1602,70, Zwidau 1000, —, Berlin 700, — und 185,72, Wien 0,45, Gelfentirchen 3,30, Berlin 50, —, Jena 1, —, Berlin 43,20 und 38,26, Dortmund 572,57, Berlin 284,13, Dresden 145,60, Berlin 284,13, Mannheim 42,05, Goslar 5,40, Leipzig 25, —, Mannheim 150, —.

Korrespondenzen

Berlin. Die Erste Genossenschaftsbrauerei in Berlin-Friedrichshagen verteilt aus dem im Geschäftsjahr 1929 erzielten Reingewinn in Höhe von 815 000 Mark 12 Proz. Dividende sowie an Rückvergütung je Hektoliter an die Genossenschaftler 1 Mark und an die Nichtgenossenschaftler 50 Pfennig. Abschreibungen wurden in Höhe von 663 000 Mark vorgenommen. Der Bierausstoß ist trotz der erheblichen Schwankungen am Jahresbeginn auf 318 000 Hektoliter gestiegen.

Berlin. Die Weizenmühle Karl Salomon konnte im Geschäftsjahr 1929 ihren im Vorjahr buchnäßig ausgewiesenen Verlust von 1,74 Million Mark auf 0,60 Million Mark vermindern. Daraus ist ersichtlich, daß das abgelaufene Geschäftsjahr mehr als eine Million Mark Reingewinn erbracht hat. Die Geschäftskosten haben sich gegenüber dem Vorjahre um rund 800 000 Mark erhöht, während der Rohgewinn eine Steigerung von 1,87 Million Mark aufweist.

Breslau. Es ist uns gelungen, daß der Arbeitsnachweis für unsere sämtlichen Berufsgruppen nach der Arbeiter-Ohle zusammengelegt wurde. Neben dem

Kollegen W o e s e ist unser Kollege Stiebler noch als Arbeitsvermittler angestellt worden. Die Betriebsräte und alle Mitglieder werden bestrebt sein müssen, bei allen Stellenbesetzungen den Arbeitsnachweis zu benutzen, um so die Frequenz des Arbeitsnachweises auf die Höhe zu bringen, daß wir unseren Anspruch, zwei festangestellte Arbeitsvermittler, auf die Dauer aufrecht erhalten können.

Also keine Stellenbesetzung mehr ohne den Arbeitsnachweis!

Dortmund. Die zum Ulrich-Konzern gehörigen Dortmunder Mühlenwerke M.-G. bringen für das Geschäftsjahr 1929 ebenso wie im Vorjahre 6 Proz. Dividende zur Verteilung. Der Reingewinn ist um rund 84 000 Mark auf 217 955 Mark gestiegen. Die Steigerung des Reingewinnes hätte es zugelassen, Dividende in doppelter Höhe auszuschütten. Statt dessen sind außer einer Rücklage von 50 000 Mark 77 955 Mark auf das laufende Geschäftsjahr vorgezogen worden. Die am Bilanztag vorhandenen Vorräte haben sich gegenüber dem Vorjahre um eine Million Mark erhöht. Die Betriebskosten sind trotz der erhöhten Produktionskosten nicht gestiegen.

Frankfurt a. M. (Fleischertarif allgemeinverbindlich.) Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 3. April wurde der verbindlich erklärte Schiedsspruch über Löhne vom 2. Dezember 1929 vom 1. März 1930 an für allgemeinverbindlich erklärt. Als räumlicher Geltungsbereich kommt Frankfurt und die eingemeindeten Vororte in Frage. Der berufliche Geltungsbereich erstreckt sich auf alle gewerblichen Arbeiter in Metzgereien, Kuttelereien und Darmfleischereien. Bekanntlich wurde von der Innung jede Lohnhöhung feinerzeit abgelehnt. Sie berief sich dabei auf den Bund der Hirsche, der ausdrücklich erklärt hat, daß eine neue Lohnforderung ungerechtfertigt sei und daher die Kündigung der Löhne durch unsere Organisation sowie die Einreichung unserer Forderung unzulässig war. Der Schlichtungsausschuß erhöhte in seinem Schiedsspruch in jeder Staffel den Lohn um 2 Mk. pro Woche. Gegen die Allgemeinverbindlichkeit, die von uns beantragt wurde, erhob die Fleischereinung Einspruch, dem jedoch kein Erfolg beschieden war.

Mannheim. (Die pflanzlichen Mühlenwerke.) Das von der Ulricher Mühlengruppe beherrschte Unternehmen erzielte nach Abschreibung von 225 800 Mk. (im Vorjahre 203 100 Mk.) einen Reingewinn von 557 800 Mk. (im Vorjahre 478 100 Mk.). Auf das erhöhte Aktienkapital von 5 Millionen Mark wird eine Dividende von 10 Proz. verteilt. Aus dem Bericht sind wesentliche Veränderungen in der Mühlenindustrie zu ersehen. Am 1. Juli trat die oberrheinische Mühlenkonvention und am 1. August die westdeutsche in Kraft. Es wird gehofft, daß durch die Vereinbarungen mit den Abnehmerkreisen eine Befundung auch im Weizenhandel herbeigeführt werden kann. Im Bericht wird weiter Klage geführt über das Eingreifen der Regierung in die Selbständigkeit der Mühlenindustrie durch den Vermahnungszwang für Inlandsweizen. Diese Maßnahmen bedeuten die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft und sind ohne Rücksicht auf die geographische Lage der Mühlen erlassen worden. Es mache sich jetzt die Einfuhr ausländischen Weizens recht fühlbar, das gleiche gelte für Futtermittel. Im allgemeinen war das Berichtsjahr für die Mülerei ein Krisenjahr. Der Absatz ließ anfänglich sehr zu wünschen übrig, er besserte sich jedoch von April bis Juni anfänglich der Zollerrhöhung, ging aber dann wieder rapide zurück. Trotzdem war das Geschäftsergebnis zufriedenstellend, und auch die Beteiligungen haben sich zufriedenstellend entwickelt. Die Reserven wurden von 0,45 auf 0,59 Millionen Mark erhöht.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage des Arbeitsmarktes. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der zweiten Hälfte des März nur um 204 000 abgenommen, während die Zahl der Krisenunterstützten sich noch um über 7000 erhöhte. Zusammen mit der Verringerung der Unterstützten in der ersten Hälfte des März beträgt der Rückgang seit dem Umschwung rund 325 000, während in der gleichen Zeit des Vorjahres ein Rückgang um 560 000 eingetreten ist. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug mithin am 31. März 2 347 000, das sind 256 000 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Zusammen mit den Arbeitslosen, die Wohlfahrtsunterstützung empfangen, beträgt die Zahl der Arbeitslosen rund 3 Millionen. Die Arbeitsmarktlage bietet also trotz der äußerst günstigen Bitterung ein trauriges Bild. Ueberraschende Veränderungen werden sich infolge der Zurückhaltung auf dem Baumarkt auch in der nächsten Zeit nicht ergeben, so daß damit zu rechnen ist, daß während der ganzen Sommerzeit die Zahl der Arbeitslosen eine Million nicht unterschreiten wird. Angesichts dieser überaus traurigen Notlage eines großen Teils der deutschen Bevölkerung ist es unverständlich, daß die derzeitige Regierung beabsichtigt, an den Unterstützungen, die die Arbeitslosen zur Aufrechterhaltung ihres täglichen Lebens erhalten, einzusparen. Auf der anderen Seite werden für die Großagrarien, die sich noch nie in einer auch nur annähernd so schlechten Lage befunden haben, mehr als eine Milliarde Mark ausgeworfen.

Zusammenarbeit in der Schifffahrt. Die beiden größten Schiffsreedereien, der Norddeutsche Lloyd, Bremen und die Hamburg-Amerika-Paketschiffahrt-Gesellschaft (Hapag), Hamburg, sind auf die Dauer von 50 Jahren eine Interessengemeinschaft eingegangen. Dieser Zusammenschluß hat in Deutschland und darüber hinaus berechtigtes Aufsehen erregt.

Er ist neben dem kürzlich erfolgten Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft der größte, der in Deutschland in der Nachkriegszeit gefügt wurde. Die beiden Gesellschaften verfügen über ein Aktienkapital von 325 Millionen Mark und besitzen einen Schiffspark von 2,1 Millionen Registertonnen, nahezu 80 Proz. der gesamten deutschen Handelsflotte. Wie bei den industriellen Zusammenschlüssen, so sind auch hier die Banken die eigentlichen Väter der Tat. Die Schröder-Bank in Bremen und die Danatbank können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, diese beiden, sich nicht immer freundlich gegenüberstehenden Großreedereien zusammengefaßt zu haben.

Teilzahlung im Einzelhandel. Kürzlich hat in Berlin die Generalversammlung des Reichsverbandes des kreditgebenden Einzelhandels stattgefunden. In dem Geschäftsbericht, der dort gegeben wurde, sind interessante Einzelheiten über den Stand des Teilzahlungsgeschäftes in Deutschland mitgeteilt worden. Prof. Dr. Hirsch wies in seinem Referat darauf hin, daß von den 30 Milliarden Betriebskapital, die in Deutschland im Umlauf sind, etwa 8 Milliarden auf den Einzelhandel entfallen, und daß von diesen 8 Milliarden ständig über 10 Prozent als Kredit an die Kundschaft gegeben werden. Bemerkenswert ist auch die Mitteilung, daß die Verlustquote durch schlechte Zahler etwa 1/2 Prozent des gesamten Umsatzes beträgt. Die Zahl der Klagen schwankt zwischen 5 und 12 je 100 Kunden. Der Syndikus des Reichsverbandes bestätigte zum Schluß, daß der Umsatz der im Reichsverband organisierten Abzahlungshändler im Jahre 1929 zirka 800 bis 900 Millionen Mark betragen habe. In diesen Zahlen ist allerdings der Umsatz in Automobilen, Motorrädern und Maschinen noch nicht mit eingerechnet. Hervorzuheben ist noch, daß auf dieser Tagung vorge schlagen wurde, ein gesetzliches Verbot herbeizuführen, das Teilzahlungsverkäufe in bestimmten Artikeln zu bestimmten Bedingungen, zum Beispiel längere Zeitdauer der Abzahlung als Lebensfähigkeit der Ware, nicht gestattet.

Genossensch. Rundschau

Neue Genossenschaftsmühlen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat die Mühlenbetriebe der Konsumgenossenschaften „Eintracht“ in Essen und „Wohlfahrt“ in Bochum übernommen. In beiden Mühlen können täglich etwa 225 Tonnen Getreide verarbeitet werden, davon 120 Tonnen zu Roggen- und Weizenmehl und etwa 105 Tonnen zu Roggen- und Gerstenschrot. Neben anderen Gründen, die zur Uebernahme führen, war es in der Hauptsache die Einsicht der beiden Vereine, daß in einigen Jahren in diesem Bezirk eine Großmühle der GEG. errichtet wird und neben einem solchen Großbetriebe die Vereinsmühlen keine Existenzberechtigung mehr haben.

Genossenschaftstagungen. Die dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Revisionsverbände halten im Mai ihre Tagungen ab. Am 16., 17. und 18. Juni findet der ordentliche Genossenschaftstag in Lübeck statt und anschließend die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Internationales

Der finnische Lebensmittelarbeiterverband im Jahre 1929. Durch die ökonomische Krise und die daraus folgende große Arbeitslosigkeit wurde der Lebensmittelarbeiterverband stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine unerhört große Arbeitslosigkeit in allen Berufen ist zu verzeichnen. Auch der politische Richtungstreit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung spielte eine Rolle. Fünf Ortsgruppen traten aus dem Verbandsverband aus und ein größerer Teil der Arbeitslosen benutzte hierbei die Gelegenheit, der Organisation den Rücken zu kehren. Infolge dieser Erscheinung ist der Mitgliederstand um 1062 gesunken. Die Zahl der Ortsgruppen war am Jahresausgang 62 mit einem Mitgliederstand von 3 159, davon 2 136 Frauen. Auf dem Verbandstag wurde ein Verbandsrat eingesetzt, sowie ein Antrag über die Werbearbeit unter der Jugend und den Frauen zum Beschlusse erhoben. Beschllossen wurde weiter, eine Kranken- und Sterbekasse zu gründen und die Unterstützungssätze in den niedrigeren Beitragsklassen zu erhöhen.

Recht zahlreiche Lohnbewegungen fanden in den Wurstfabriken, Bäckereien, Mineralwasserfabriken und Restaurants statt. 11 Verträge konnten erneuert und 7 neu abgeschlossen werden. Die niedrigsten Löhne konnten durchschnittlich um 10 bis 15 Prozent erhöht werden. Streiks wurden nur in zwei Betrieben durchgeführt. Am Jahresschluß bestanden 58 Lohn- und Arbeitsverträge. An Unterstützungen wurden 67 243 Mark ausgezahlt. Das Verbandsvermögen betrug 430 317 finnische Mark.

Fleischerkonflikt in Oslo. Der Vertrag für das Fleischergerwerbe, die Wurst- und Konservenindustrie wurde von unserer Bruderorganisation gekündigt. Die Unternehmer lehnten schroff jedes Entgegenkommen ab, worauf die Verhandlungen nach kurzer Tagung abgebrochen wurden. Hierauf griff der amtliche Schiedsrichter ohne Erfolg ein. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab, worauf am 14. Februar der Konflikt ausbrach. Vom Sozialminister wurde ein neuer Schlichtungsversuch veranlaßt, wobei jedoch ein Vorschlag herauskam, der für die Arbeiter unannehmbar war. Nach dieser Entscheidung sollen sämtliche Tarife um ein Jahr verlängert werden. In den meisten Betrieben ist nunmehr der Konflikt ausgebrochen. Die Unternehmer benutzen die bürgerliche Presse zur Verbreitung lügenhafter Darstellungen über die Lohnverhältnisse im Berufe. Auch die übrigen Gewerkschaften haben nunmehr im Konflikt eingegriffen und bewahren der kämpfenden Kollegenschaft dadurch ihre Solidarität, daß sie die nicht geregelten Betriebe meiden.

Literatur

Feuererhaltung. Anlässlich der „Feuerschutzwoche“, die in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 stattfand, wurde von der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgenossen ein Buchlein über Feuerschutz übergeben, das sich an alle wendet und in anschaulicher Art die dem Feuer innewohnenden Gefahren schildert. Es ist wünschenswert, daß dieses Buchlein auch wirklich in allen Haushaltungen gelesen wird.

Vom Werden einer neuen Kultur, von Paul Franke, 88 Seiten. Preis 1,50 Mk. Organisationsausgabe 1,20 Mk. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 90. Der Verfasser zeigt nach einer allgemeinen Uebersicht über die wichtigsten Zweige der Arbeiterkulturbewegung ihren gegenwärtigen Stand und folgert daraus zwinzand die Notwendigkeit stärkerer Konzentration.

Die westlichen Gefangenen in der Sowjetunion. Von A. Abramowitsch. Mit einem Vorwort von Louis de Brandere-Brüssel und Artur Crispian. 52 Seiten. Preis 0,60 Mk. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68.

Katgeber für die Arbeitslosenversicherung, von Hilgermeister Kleis. 48 Seiten. Preis 70 Pf. Verlag Friedrich Wobbel, Leipzig C. 1, Königsstr. 26b.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, herausgegeben von Hilgermeister F. Kleis. 48 Seiten. Preis 1,40 Mk. Verlag von Friedrich Wobbel, Leipzig, Königsstr. 26b.

Katgeber für die Jugendfürsorge. Gemeinverständlich dargestellt von Hans Müller und Richard Heinze. 44 Seiten. Preis 70 Pf. Verlag Friedrich Wobbel, Leipzig C. 1, Königsstr. 26b.

Rahlen und Schlagwörter der Agrarinteressen. Herausgegeben vom Deutschen Landarbeiter-Verband. Diese Schrift, die von Georg Schmidt verfaßt worden ist, hat den Zweck, die überaus einseitige Darstellung der Agrarinteressen in ein anderes Licht zu rücken.

Wirtschaftslehre, Kapitalbildung, Finanzen, die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930. Für die Funktionäre herausgegeben vom DGB, AFV, DGB, 68 Seiten. Preis 1 Mk. Organisationspreis 0,75 Mk. Verlagsanstalt des DGB, Berlin S. 14. Diese Schrift bringt Aufklärung über wirtschaftspolitische Dinge, die im täglichen Kampf besondere Bedeutung erlangen haben. Sie wird jedem Funktionär nützliche Dienste erweisen.

Seine Erholungsstätten. Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsstätten, Jena, hat zusammen mit der Ferienheimgenossenschaft der Naturfreunde, Jena, Marienstraße 4, einen Prospekt für die diesjährige Saison herausgebracht. Er ist gegen Einsendung von Rückporto kostenlos erhältlich.

Nachruf!

Am 1. Quartal 1930 starben nachstehende Verbandsmitglieder:

- H. Buchmüller, Brauer, 74 Jahre,
H. Müllerich, Oberheizer, 52 Jahre,
Johann Bod, Mühlenarb., 23 Jahre.

Ein ehrendes Gedenten bewahrt ihnen

Die Ortsgruppe Köln.

Nachruf!

Von unseren Mitgliedern sind nachstehende durch Tod von uns geschieden

- Johann Jafomsky, Mühlenarbeiter, Invalide,
Geinrich Kolb, Bäcker,
Hermann Mögel, Trichinenschauer, Invalide,
Ulbin Dehme, Fleischer,
Paul Baumgarten, Böttcher, Invalide,
Hermann Mangel, Süßwaren,
Theodor Stange, Brenner, Invalide,
Robert Andrich, Weisfaher, Invalide,
Gustav Gröbischel, Brauereiarbeiter,
Otto Müller, Brauereiarbeiter.

Ehre ihrem Andenten.

Ortsgruppe Dresden.

Nachruf!

Am 1. Quartal 1930 starben unsere Kollegen:

- Max Hofmann, Invalide, 65 Jahre,
Arno Albricht, Müller, 56 Jahre,
Friedr. Imhof, Brauer, 64 Jahre,
Walter Singer, Weisfaher, 38 Jahre,
Bernhard Vogel, Hausmeister, 55 Jahre.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenten bewahren.

Ortsgruppe Chemnitz.

Nachruf!

Am 3. April 1930 starb nach langer Krankheit unser lieber Kollege

- Hans Schöber
früher in der Aktien-Brauerei Dortmund, im Mannesalter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenten bewahren ihm die Kollegen der Ortsgruppe Passau.

Nachruf!

Am Montag, dem 7. April d. J., entfiel unerwartet infolge Herzschlag unser treuer Kollege, der Kraftfahrer

- Hermann Arela
im Alter von 40 Jahren. Ehre seinem Andenten.
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Löbz.

Nachruf!

Am Dienstag, dem 8. April, verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege, der Brauerei-Invalide

- Hermann Ceder
im Alter von 76 Jahren. Ehre seinem Andenten.
Die Kolleginnen und Kolleginnen der Engelhardt-Brauerei Gottesberg, Ortsgruppe Waldenburg Schlef.
Unsern lieben Kollegen Ernst Bewersdorff u. seiner lieben Frau Agnes nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeit.
Die Kollegen der Dorfmunder Kronen-Brauerei.

Nachruf!

Unsern Kollegen Anton Häner, Braufahrer, zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche

- Die Kolleginnen und Kollegen d. Schöffelhof-Brauerei Mainz.

Nachruf!

Unsern Kollegen, dem Kraftfahrer Gustav Heinrichson nebst seiner lieben Frau zur Silberhochzeit, ferner unsern Kollegen Otto Hoff nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

- Die Kollegen der Ortsgruppe Schönebeck a. d. Elbe.

Nachruf!

Unsern werten Kollegen Richard Gütig nebst Gemahlin zu ihrer am 30. März d. J. stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

- Jahfelle Camburg a. Saale, Ortsgruppe Jena.

Unsern Kollegen Kaspar Mahn und Carl Jungesblat nebst ihren lieben Frauen zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

- Die Kollegen der Schlegel-Schuppenfeil-Brauerei H.-B. Bochum und Ortsgruppe Bochum.

Unsern Kollegen Willi Lorenz und seiner lieben Ehefrau zu ihrer silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.

- Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Magdeburg.

Unsern Kollegen Erich Behm nebst seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung und unseren Kollegen Karl Gorges und Fräulein Buisy nebst ihren lieben Frauen die besten Glückwünsche zur Vermählung.

- Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Quedlinburg a. Harz.

Unsern Kollegen Roland Schwede nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

- Die Kollegen Weimar i. Th.

Unsern Kollegen Leopold Reinold nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeit.

- Die Kollegen der Ortsgruppe Düsseldorf.

Junger Bäckergehilfe

20 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, sucht für sofort oder später Dauerstellung. Zuschriften erbeten an Karl Rehret, Straubing Pöhlgraben

Brauereihofen

Dreibrabfleder Nr. 13., Brauerföppen, Dreibrabfleder mit warmem Futter Nr. 26., Zweibrabflederhofen Nr. 9., Sodenschöner Nr. 120 Fleischer- und Bäckerbedingung Preisliste und Muster gratis Mechanische Heidefabrik, Verbandsaus Emil Hoffmeister, Dresden-6, Ritterstraße 2



FRAUENRECHT



Der Kampf um Paragraph 218

Um den Abtreibungsparagraphen, der im Strafgesetzbuch die Nummer 218 trägt, wird nach wie vor heftig gekämpft. Die einzelnen Richtungen versuchen für ihre Anschauungen zu werben. Von den Befürwortungen des gegenwärtigen Zustandes wird alles herangeholt, um nach wie vor jedem das Recht zu nehmen, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Das ist eine Bevormundung, die sich ein sozial reifes Volk nicht gefallen lassen kann. Die Regelung der Geburten durch Schwangerschaftsunterbrechungen, unter Rücksichtnahme auf die sozialen Verhältnisse, wird und darf in Zukunft nicht zu umgehen sein.

Das „Berliner Tageblatt“ hat eine Kundfrage veröffentlicht, in deren Rahmen sich der frühere Reichsarbeitsminister, Genosse Wissell, unter der Überschrift: „Fort mit den Bügen“ zu diesem Problem u. a. folgendermaßen äußerte:

„Die gegenwärtige strafrechtliche Behandlung der Abtreibung hat eine völlig unhaltbare, innerlich unwahre Lage geschaffen. Die Bestrafung der Abtreibung richtet sich praktisch so einseitig gegen die unermittelten Bevölkerungsschichten, daß gerade im Interesse der Hebung der Achtung vor dem Gesetz der strafrechtlichen Moral eine Milderung eintreten muß. Ich glaube, daß strafrechtliche Verbote nicht geeignet sind, den Schädigungen entgegenzuwirken, die bei der Unterbrechung unerwünschter Schwangerschaft dem Volksganzen wie auch den betreffenden Frauen entstehen können, bin vielmehr der Ueberzeugung, daß das Problem viel tiefer liegt, und daß nur eine grundlegende Milderung unseres gegenwärtigen Rechts und eine wirtschaftliche Besserstellung von Mutter und Kind wirkliche Abhilfe schaffen kann. Wenn sich die völlige Herausnahme der Abtreibungsbestimmungen aus dem Strafrecht nicht ermöglichen läßt, muß zum mindesten gefordert werden, daß gleichberechtigt neben die rein „medizinische Indikation“ die „soziale Indikation“ tritt. Dem Arzt muß das Recht, die Abtreibung vorzunehmen, auch dann eingeräumt werden, wenn für die Frau aus sozialen Gründen die Unmöglichkeit vorliegt, gesunde Kinder aufzuziehen und als Mutter selbst gesund zu bleiben.“

25 Jahre Bund für Mutterschutz

Der vor 25 Jahren gegründete „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“, der besonders den Kampf gegen geschlechtliche Prüderie und für Neugestaltung der sexuellen Beziehungen und die Anerkennung und

Kindesaussage . . .

Skizze von Linda-Linda.

„Feuer — — Feuer — —!“
So hallt es gahauf, gahab. Wieder einmal heult die Sturmglocke über das kleine Dorf dahin. Schauerlich hallt das Feuerhorn dazwischen und schreckt müde Schläfer vorzeitig von ihrer Lagerstatt auf.

Die große Scheune des Waldhofbauern stand in hellen Flammen. Und gierig leckt das blutgroße Element nach des Nachbarn Scheuer. Tageshell erleuchtet ist die Nacht.

Und ein wüster Schreck erfasst die biedereren Dörfler. Der sechste Brand nun schon seit vier Wochen, und der Brandstifter noch immer nicht gefaßt. Ein unruhig Warten — ein ängstlich Bangen: wessen Haus, wessen Scheune geht morgen wohl in Flammen auf? Ein Raten und ein Rätsel, wer der unheimliche Bösewicht wohl sein könnte.

Heimlich anklagen — ein Namen dann, offener Zusage tretend; der Moser-Sepp, der könnte es sein. Das war ein Stiller und ein Heimlicher, der vor knapp einem Vierteljahr erst ins Dorf gekommen und sich dort ein kleines Anwesen erworben hatte. Zudem ging er noch bei dem Waldhofbauern ins Tagewerk.

Der Moser-Sepp war Witwer. Ein Knabe von zwölf Jahren war sein einziger Weggenosse. Still, einsam haupfen die beiden. Nimmer ein Wort, von mannen sie gekommen und was sie vordem getrieben. Und mißtrauisch, wie die Dörfler nun einmal gegen jeden Neuling sind, war dies Grund genug, in ihm den gefährlichsten Brandstifter zu sehen. Doch keiner wagte vorerst ein offenes Wort.

Und wiederum flammte nach wenigen Tagen ein neuer Brand auf. Diesmal war es die Scheune von Moser-Sepps Nachbar, die als Opfer anserloren. Doch diesmal war es eine andere Tageszeit. Junger Morgen warf schon seinen Dämmerchein über Feld und Flur und hatte einen jener Sommerfrischer zum Morgenpaziergang verlockt. Und dieser sah, wie ein

materielle Sicherung der unehelichen Mutterschaft in sein Programm aufnahm, konnte in diesen Tagen die Feier seines 25jährigen Bestehens begehen. In einer öffentlichen Versammlung wurde das aktuelle Thema „Abtreibung und Geburtenregelung“ behandelt. Geheimrat Professor Julius Wolf hielt darüber einen Vortrag und behandelte diese Frage von historischer, rechtlicher und medizinischer Seite. Die in Deutschland auf 1,2 Millionen geschätzten Abtreibungen, auf deren Konto 5000 bis 6000 Verurteilungen, aber ebenso viele Todesfälle durch Pfuschaborte und 100 000 chronische Erkrankungen kommen, stellen das größte bevölkerungspolitische Problem dar. Planmäßige Geburtenregelung und notfalls medizinisch einwandfreie Aborte erhalten Volkskraft und Gebärfähigkeit. Die Abtrei-

Unser Osterfest

Wir feiern im Wind,
wir feiern mit Kind:
weit draußen auf der Heide!

Der Osterhase, hi-ho-husch,
legt goldene Eier in den Busch:
uns draußen auf der Heide!

Freund Fink und Star,
auch ein Drosselpaar:
die singen auf der Heide!

Mein Weib, mein Kind, wir alle drei,
Wie sind wir Ostern doch so frei:
jo!, draußen auf der Heide!

Hier zwingt uns nicht der Prinzipal,
das Herz weiß nichts von Muß und Qual:
wie lieb ist uns die Heide!

So rot kommt nun der Mond herauf,
und all die Sternlein blühen auf —
Schön-Ostern über der Heide!

Mag Dortu.

bung innerhalb gewisser Grenzen muß daher wieder straffrei werden, wie sie bis vor 400 Jahren in Deutschland gewesen ist.

Von anderer Seite wurde beleuchtet, auf welche grotesken Schwierigkeiten heute noch die Propaganda für Geburtenregelung stößt, und es wurde auch die Forderung erhoben, nicht über die schwerfällige Gesetzgebung und die amtlichen Stellen, sondern über die

Krankentassen sollten die Mitglieder im ganzen Reiche die Ausgabe von Schutzmitteln verlangen können.

Es wurde auch bei dieser Gelegenheit daran erinnert, welche hemmungslosen Beschimpfungen und Verdächtigungen die ersten Vorkämpfer und Vorkämpferinnen dieser Bewegung ausgeübt waren. Mit dem Mutterschutz, der ersten und Primäraufgabe, hängt die Sexualreform und auch die pazifistische Grundeinstellung der Bejahung und Beschützung des Lebens eng zusammen. Die bedeutenden Erfolge auf dem Gebiete der Fürsorge für die ledige Mutter sind besonders zu würdigen.

Die bei dieser Gelegenheit vorgebrachten Mitteilungen über die hohe Zahl von Fällen der Abtreibungen und die daraus entstehenden Folgen sollten endlich den Gesetzgeber veranlassen, die veralteten Bestimmungen im Strafgesetzbuch zu reformieren.

Nachtruhe der Arbeiterinnen in Spanien

Durch eine neue Verordnung, ergänzt durch Ausführungsbestimmungen, ist die Nachtruhe für Arbeiterinnen wie folgt verboten: Für alle in Fabriken, Werkstätten und sonstigen gewerblichen und Handelsbetrieben beschäftigten Frauen ohne Unterschied des Alters wird eine zusammenhängende Mindestruhezeit von 12 Stunden zwischen zwei aufeinanderfolgenden Arbeitstagen festgelegt. Ausgenommen sind in häuslichen Diensten in der Heimarbeit und in Familienbetrieben beschäftigte. Für einzelne Gewerbe kann unter besonderen Umständen diese Ruhezeit an jährlich höchstens 60 Tagen durch Beschluß des zuständigen paritätischen Ausschusses oder der örtlichen Delegation des Arbeitsrates nach Anhörung der Beteiligten um eine Stunde verkürzt werden.

Die Ruhezeit muß die Stunden zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens einschließen. Ausnahmen sind zugelassen in Fällen höherer Gewalt, die eine nicht vorauszuiehende Arbeitsunterbrechung zur Folge haben, in landwirtschaftlichen Gewerben und Betrieben, in denen die Gefahr des Unbrauchbarwerdens leicht verderblicher Rohstoffe droht, für die unumgänglich notwendige Zeit; in Krankenhäusern, Heilanstalten und ähnlichen Unternehmungen kann die Direktion mit den Arbeitnehmern vereinbaren, daß die Ruhezeit nur zur Hälfte oder nur jeden zweiten Tag in die Nachtzeit fällt. Die Ruhezeit in öffentlichen Verkehrs- und Transportunternehmungen, bei öffentlichen Schaustellungen usw., kann von acht auf vier Stunden innerhalb der Pflichtruhezeit verkürzt werden. In Fabriken, Werkstätten oder Anlagen, die in zwei Tageszeiten arbeiten, kann die Nachtruhezeit um eine Stunde verkürzt werden.

Mann in eiliger Flucht über des Moser-Sepps Garten sprang. Und kurze Zeit darauf schlugen die Flammen empor.

Nun war es um der Dörfler heimlich Zurückhalten geschehen, und gar bald war der Landjäger auf die Spur gesetzt und eifrig dabei, in des Moser-Sepps Garten die Fußspuren nachzumessen. Doch diese wollten nimmer mit des Moser-Sepps Fußgröße übereinstimmen.

Und trotzdem sagte der Landjäger dem Moser-Sepp die Brandstiftung auf den Kopf zu. Darob stand dieser da wie verdorrt und beteuerte dann hoch und heilig, das Bett nicht eher verlassen zu haben, bevor nicht wüster Feuerlärm an sein Ohr geklungen.

„Vater — du bist doch vorher aufgestanden und eine ganze Weile fortgewesen —!“

Des Moser-Sepps zwölfjähriger Sohn sprach es, der aufmerksam diesem Vorgang gelauscht.

Der Landjäger lächelt darob still und fein. Nun war die Beweiskette geschlossen. Kein noch so beharrlich Leugnen half dem Moser-Sepp mehr.

Doch dieser fuhr auf, mit Augen ganz verstört: „Junge — du — du lügst! — Um Gottes willen, sag die Wahrheit —!“

Doch der Landjäger ließ ihn nicht weiter sprechen. Er hatte des Jungen Worte gehört, und die Leute auch, die um ihn herumstanden und neugierig die Hälse reckten. Nimmer durfte er dulden, daß der Brandstifter des Sohnes Aussage beeinflusste.

Und desselben Tages noch wurde der Moser-Sepp ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Bedächtig breitete der alte Dorfkantor die Zeitung auseinander und just im ersten Augenblick fiel sein Auge auf des Moser-Sepps Namen. Und er las interessiert den Bericht von dem siebenfachen Brandstifter und von dessen Sohnes Aussage, die ihn dem Gericht vollends in die Hand geliefert.

Stützt dann das altersgraue Haupt in beide Hände, sann und sann. Der Moser-Sepp, den er kannte von Jugend auf, ein Mensch wohl, der vom Unglück ver-

folgt des Heimatdörflers Staub von seinen Füßen geschüttelt und in der Fremde wohl derselbe stille, wortfarge Mann geblieben — aber — ein Brandstifter — nimmer. — Und er kannte auch den Sohn nur zu gut: ein Grübler, mit dem die Phantasie wandern ging, und der starr und beharrlich an diesen seinen Wahngewirren festhielt. Und fast unwillkürlich legte sich der alte Kantor die Frage vor: Sollte und konnte es mit des Sohnes Aussage diesmal nicht ebenso sein —?

Selbigen Tages noch griff der alte Mann zum Wanderstock und lenkte seine Schritte nach dem Dorfe hin, wo der Moser-Sepp zum Brandstifter geworden sein sollte. Stand schließlich vor des Mosers Sohn und nahm ihn gar ernsthaft ins Gebet und mußte nach langem, eindringlichem Zureden feststellen, daß er mit seiner Befürchtung nur allzu recht hatte.

Und tat darob noch ein weiteres: Legte dem Gericht dar, welche trübe Erfahrungen er schon gemacht mit des Sohnes wandernder Phantasie und dem starren Festhalten an diesen seinen Wahngewirren, ohne danach zu fragen, welcher Unheil daraus entstehen könne, konnte schließlich so dessen voreilig, unbedachtes Wort entkräften.

Doch frei kam der Moser-Sepp darauf noch lange nicht. Noch war ja das Rätsel nicht gelöst, kein anderer Täter gefaßt. Und man suchte weiter nach anderen Beweisen, die ihn trotzdem überführen sollten. Der Moser-Sepp saß im Bezirksgefängnis und trotzdem flammten hier und da neue Brände auf. Größer noch wurde das Rätsel, welches der Lösung harrete.

Doch eines Tages wurde auch dieses gelöst und des Moser-Sepps Unschuld einwandfrei bewiesen. Ein anderer wurde endlich gefaßt: ein Versicherungsagent, der von seiner Gesellschaft entlassen und nun radsüchtig gerade die Gebäude angezündet, für die seine Gesellschaft zahlen mußte —

Für des Moser-Sepps Sohn aber hatte die Vorstellung, daß um sein lügenhaftes Wort sein Vater um ein Haar ins Zuchthaus gekommen, eine gar heilame Wirkung.